Wahlen zum Studentenparlament / Siehe Seite 3

UNI-REPORT

1. Juni 1977 — JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT — Jahrgang 10 / Nr. 7

Die KHU will Verfaßte Studentenschaft erhalten

Die Konferenz der Hessischen Universitätspräsidenten (KHU) hat in ihrer Sitzung am 20. Mai zum Status der Studentenschaft im Hinblick auf die bis Ende 1978 erforderliche Anpassung der Hessischen Hochschul-Gesetzgebung an das Hochschulrahmengesetz des Bundes Stellung bezogen. Die Stellungnahme wird dem Hessischen Kultusminister als persönliche Auffassung der Präsidenten zu diesem Problem zugeleitet. Die von den Präsidenten vertretenen Hochschulen sind dabei nicht gebunden.

Die Stellungnahme der KHU lautet:

1. Die KHU tritt dafür ein, daß die Studentenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft, der die Studenten durch Einschreibung automatisch angehören, bestehenbleibt.

2. Die KHU geht davon aus, daß die Verfaßte Studentenschaft gegenwärtig eine Zuständigkeit, sich über allgemeinpolitische Gegenstände zu äußern, nicht hat. Sie stellt aber fest, daß nahezu alle studentischen Gruppen das sogenannte allgemeinpolitische Mandat für die Organe der Studentenschaft fordern. Dazu kommt, daß eine Abgrenzung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Erklärungen immer wieder auf Schwierigkeiten stößt.

3. Angesichts der vorhandenen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Zuerkennung des allgemeinpolitischen Mandats an eine Organisation mit Zwangsmitgliedschaft gibt die KHU dem Gesetzgeber zu überlegen, eine Möglichkeit zu schaffen, daß Studenten durch Erklärungen vor einer noch zu benennenden Einrichtung ihren Austritt aus der Körperschaft Studentenschaft vollziehen. Eine Entwicklung in diese Richtung zeichnet sich ohnehin durch neuere Gerichtsurteile ab, die dem einzelnen Studenten ein Recht auf Beitragsverweigerung zugestehen, wenn die Studentenschaft wiederholt außerhalb ihrer Zuständigkeit tätig wird.

4. Sollte eine solche Lösung nicht zustande kommen, müssen die Maßnahmen der Rechtsaufsicht über die Studentenschaft durch Gesetz erweitert werden.

Soweit der Beschluß der KHU. Der Präsident der Universität Frankfurt, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, erläuterte, daß diese von der KHU vorgeschlagene Lösung — Erhaltung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit automatischer Mitgliedschaft und Möglichkeit des Austritts — verschiedene Probleme sowohl für die Studentenschaft, insbesondere für den AStA, als auch für die Rechtsaufsicht, d. h. den Präsidenten bzw. den Kultusminister lösen würde.

Einerseits wären die Organe der Studentenschaft nicht an die Einschränkungen gebunden, die eine Körperschaft mit Zwangsmitgliedschaft hat. Dies wäre vor allem für die Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats bedeutsam, wodurch gegenwärtig die meisten Konflikte entstehen. Studenten, die ihre Interessen von den Organen der Studentenschaft mißbräuchlich vertreten sehen, könnten aus der Körperschaft austreten, anstatt wie zur Zeit den Klageweg zu beschreiten.

Die Rechtsaufsichtsbehörde auf der anderen Seite wäre nicht mehr gezwungen, bei nicht unmittelbar hochschulbezogenen Aktivitäten und Meinungsäußerungen der Organe der Studentenschaft tätig zu werden.

Gerade wenn man — so Prof. Krupp — die Verfaßte Studentenschaft erhalten will, muß man die Konsequenzen aus der Entwicklung der letzten Jahre ziehen. Gerade wenn die Studenten das allgemeinpolitische Mandat fordern, ist dies mit einer unausweichlichen Zwangsmitgliedschaft nicht vereinbar.

Der Grad der Solidarität innerhalb der Studentenschaft wird üblicherweise als sehr hoch betrachtet. Dann ist aber auch nicht zu erwarten, daß eine derartige Regelung zu wesentlichen Finanzeinbußen des AStAs führt, solange er die Vertretung der Mehrheit der Studenten als seine Aufgabe ansieht. Eine Austrittswelle wäre höchstens dann zu erwarten, wenn er sich völlig von seiner Basis löst. Wer etwas anderes behauptet, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er eine Politik der Organe der Verfaßten Studentenschaft jenseits dessen, was die Basis zu akzeptieren bereit ist, für legitimierbar hält.

Da es ungewiß ist, ob sich der Gesetzgeber diesem Vorschlag anschließen wird, haben die Präsidenten eine Alternativlösung vorgeschlagen. Wesentliche und im Grunde einzige der in Punkt 4 angesprochenen erweiterten, d. h. gestuften Maßnahmen der Rechtsaufsicht ist die Möglichkeit der Finanzkontrolle. Gegenwärtig kann die Rechtsaufsicht, d. h. der Präsident bzw. der Kultusminister, nach dem Hessischen Hochschulgesetz (HHG) den AStA bei Rechtsverstößen nur des Amts entheben und statt dessen Kommissare einsetzen. Dieses einschneidende Mittel kann aber nach Ansicht der Präsidenten nur eine Notmaßnahme sein. Vorgeschaltet werden sollte die Möglichkeit der Finanzkontrolle. Dies würde bedeuten, daß der AStA bei wiederholten Rechtsverstößen nicht mehr frei über die Gelder der Studentenschaft verfügen kann.

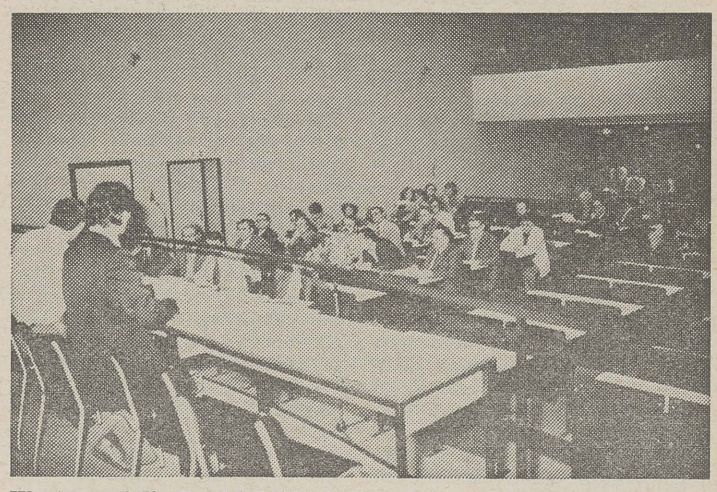
Seine Ausgaben wären durch den Präsidenten auf ihre rechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Auch dann hätte der Präsident keine Möglichkeit, die sich im Rahmen des geltenden Rechts haltenden Ausgaben des AStA zu beeinflussen.

Freilich stellt sich auch an dieser Stelle die Frage, ob eine dauerhafte Sicherung der Verfaßten Studentenschaft erreicht werden kann, wenn ihr nicht auch weitere Aufgaben im Bereich der Hochschule zugewiesen werden. Auf diesem Hintergrund ist es nach der Auffassung des Präsidenten der Frankfurter Universität überlegenswert, ob nicht den Organen der Verfaßten Studentenschaft Funktionen im Bereich der universitären Mitbestimmung zugeordnet werden sollten. So könnte man sich vorstellen, daß das Studentenparlament zugleich die Konventsfraktion der Studenten darstellt. Den Fachschaften könnten die studentischen Sitze im Fachbereichs-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ehrendoktor für Frau Rupp-von Brünneck

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt hat der Bundesverfassungsrichterin Frau Wiltrud Rupp-von Brünneck den Ehrendoktor verliehen. Die Urkunde wurde ihr am 26. Mai in Karlsruhe überreicht. Ein ausführlicher Bericht über Frau Rupp-von Brünneck und ihre Verdienste wird in der nächsten Nummer des Uni-Report erscheinen.



Warten auf die Beschlußfähigkeit **Foto: Heisig**

Der Konvent tagte

Letzte Sitzung des 3. Konvents der Universität Frankfurt am 25. Mai. Gleiche Tagesordnung wie für die auf den 27. April festgelegte Sitzung, die wegen Beschlußunfähigkeit nicht stattfinden konnte.

TOP A 1. Feststellung der Anwesenheit und Beschlußfähigkeit durch namentlichen Aufruf: Von 81 Mitgliedern sind 41 anwesend. Damit ist der Konvent beschlußfähig.

TOP A 2. Mitteilungen des Konventsvorstandes/Anfragen: Keine.

TOP A 3. Änderung/Ergänzung der Tagesordnung: Nein.

TOP B 1. Nachwahlen/Nominationen für die Ständigen Ausschüsse. 1.1. Nachwahl eines Mitglieds des Konventsvorstandes: Vorschlag Prof. Dr. Hartwig Kelm. 40 Mitglieder stimmen zu. Ein Mitglied hebt weder bei Ja, Nein noch Enthaltung die Hand. Damit hat Prof. Kelm nicht die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Konvents erreicht.

1.2. Nachwahl (Nomination) eines Mitglieds des Ständigen Ausschusses I: Vorschlag Prof. Dr. Hermann Schroedter, Fachbereich Religionswissenschaften. Abstimmung nicht erforderlich. Prof. Schroedter ist somit Mitglied.

1.3. Nachwahl (Nomination) eines Mitglieds des Ständigen Ausschusses II: Keine Nomination.

1.4. Nachwahl (Nomination) eines stellvertretenden Mitglieds des Ständigen Ausschusses II: Vorschlag Dr. Dieter Rebentisch. Abstimmung nicht erforderlich. Dr. Rebentisch ist somit stellvertretendes Mitglied.

TOP 2. Grundordnung der Universität Frankfurt am Main. 2.1. Grundordnung Abschnitt 9 Schlichtung: In 1. Lesung einstimmig angenommen.

2.2. Vier redaktionelle Änderungen: Einstimmig angenommen.

2.3. Zweite Lesung und Abstimmung über Beschlußfassung der ganzen Grundordnung: Keine Aussprache. 37 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen (inzwischen sind zwei zusätzliche Mitglieder erschienen). Damit ist die Grundordnung nicht verabschiedet. (Sechs Jahre wurde daran gearbeitet, jetzt kommt der Entwurf vorläufig – endgültig? – zu den Akten.)

TOP 3. Verschiedenes. Fehlanzeige.

Der Sitzungsleiter dankt dem Konvent für die Mitarbeit während seiner zweijährigen Amtszeit.

Sitzungsdauer: 14.25 Uhr bis 14.40 Uhr.

PS: Bis zum 28. Juni wird ein neuer, der 4. Konvent der Universität Frankfurt gewählt. Dessen konstituierende Sitzung soll am 13. Juli stattfinden.

Austausch mit Trenton

Mit Beginn des Sommersemesters 1977 hat Prof. Dr. Gerald Gruber, Wirtschaftsgeographie, den Vorsitz im Ausschuß für Auslandsbeziehungen übernommen. Stellvertreterin: Ruth Sommer, Amtmann im Didaktischen Zentrum.

Ruth Sommer war im Rahmen ihres Urlaubs vom 22. bis 25. April 1977 auf Einladung des Präsidenten Gast des Trenton State Colleges. In ihrer Anwesenheit fand eine Sitzung des Cote-Commitee statt, in der die von der Universität Frankfurt vorgeschlagenen und vom Ständigen Ausschuß II verabschiedeten „Rahmenvereinbarungen für den Austausch von Lehrenden und Studenten zwischen der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main (BRD) und dem Trenton State College in Trenton, New Jersey (USA)“ mit wenigen, Trenton betreffenden Zusätzen akzeptiert und verabschiedet wurden.

In der gleichen Sitzung und in verschiedenen Einzelbesprechungen wurden Fragen behandelt, die die Weiterentwicklung und Verbesserung des Austausches trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten betrafen. Unter anderem wird eine weitere Veröffentlichung über den Austausch vorbereitet (bisher erschienen: „Zehn Jahre Trenton-Frankfurt“, siehe DZ-Information Nr. 7/1974). Vom Präsidenten des T.S.C., der den Sitzungen beiwohnte, wurde der beachtliche Erfolg der langjährigen Austauschbeziehungen besonders herausgestellt, der seiner Ansicht nach durch erhebliches persönliches Engagement der am Austausch Beteiligten weitgehend getragen wird.

Am. 6., 7. und 8. Juni 1977 wird Professor Moshe Budmor, der im Studienjahr 1975/76 im Rahmen des Austauschs am Institut für Musikpädagogik lehrte, zu einem Gastvortrag „Workshop Musikalische Interaktion“ nach Frankfurt kommen. Die Veranstaltungen finden jeweils von 16 bis 18 Uhr in Hörsaal 4, Sophienstraße 1–3, statt.

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT** erscheint am 8. Juni 1977. Redaktionsschluß ist der 2. Juni 1977.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Stadt- u. Univ.-Bibl.

Vorschläge für das Broßwitz-Heim

In den letzten beiden Ausgaben des Uni-Report wurde ausführlich über die Situation im Konrad Broßwitz-Heim berichtet, auch die Heimbewohner hatten die Möglichkeit, einige Dinge aus ihrer Sicht darzustellen. Zwischenzeitlich hat der Präsident den Versuch unternommen, das Konrad Broßwitz-Heim als Studentenwohnheim zu erhalten. Ausgangspunkt der Vermittlungsbemühungen des Präsidenten zur Erhaltung des Konrad Broßwitz-Wohnheimes war ein gemeinsames Gespräch zwischen dem Präsidenten, Vertretern der Heimbewohner und der AStA-Vorsitzenden. Als Grundlage weiterer Gespräche wurde eine detaillierte Kostenberechnung für das Konrad Broßwitz-Heim vereinbart, die den Heimbewohnern und dem AStA zur Verfügung gestellt wurde.

Bedauerlicherweise haben die Vertreter der Heimbewohner zwei weitere Terminvorschläge des Präsidenten zu Gesprächen nicht wahrgenommen, sondern es für richtig gehalten, in Form eines Offenen Briefes ihre Forderung vorzutragen. Der Präsident hält es nach wie vor für wenig sinnvoll, pauschale Forderungen ohne Berücksichtigung der Gesetzeslage und ohne Diskussion der konkreten Daten aufzustellen. Er geht nach wie vor davon aus, daß es bei gutem Willen aller Beteiligten möglich sein müßte, das Heim zu erhalten. Er schlägt im folgenden eine Lösung vor, die von der konkreten Kostenberechnung pro Wohnheimplatz des Konrad Broßwitz-Heimes für 1976 ausgeht.

Unabhängig von einer möglichen organisatorischen Neuregelung und damit unabhängig von der Frage der Trägerschaft des Konrad Broßwitz-Heimes muß festgestellt werden, daß die gesetzlichen Vorschriften es nicht zulassen, die Verbrauchskosten studentischer Wohnheime zu subventionieren. Der Kostenberechnung für 1976 ist zu entnehmen, daß die Grundmiete pro Wohnheimplatz unter der Trägerschaft der Stiftung Studentenhaus relativ niedrig mit 47 DM anzusetzen ist. Diese niedrige Grundmiete stellt ohnehin eine Subventionierung der Bewohner des Konrad Broßwitz-Heims dar. Die hohe Gesamtbelastung von 158 DM pro Wohnheimplatz ergibt sich im wesentlichen aus den sehr hohen Kosten des laufenden Verbrauchs von 111,10 DM, die in normalen Mietverhältnissen über Verbrauchsumlagen abgedeckt werden. Die eigentliche Miete ist also relativ niedrig. Die hohen Gesamtkosten ergeben sich durch die hohe Verbrauchsumlage.

Es ist weder dem Steuerzahler noch den Studenten, die nicht in einem Wohnheim wohnen, zuzumuten, den von den Wohnheimbenutzern verursachten Verbrauch zu subventionieren. Den Erwerbstätigen dieses Landes, die den von ihnen verursachten Verbrauch Monat für Monat bezahlen, auch, wenn sie sich durchaus in schwieriger finanzieller Situation befinden, werden kein Verständnis dafür haben, daß sie überhöhte Verbrauchsausgaben von wenigen Studenten finanzieren sollen.

Bedenkt man gleichzeitig, daß die von den Heimbewohnern 1976 gezahlte monatliche Kostenumlage nur 85 DM betragen hat, so ist offensichtlich, daß die Stiftung Studentenhaus das Konrad Broßwitz-Heim nicht weiter unterhalten konnte. Die einzige Möglichkeit, zu einer für die Studenten tragbaren finanziellen Belastung zu kommen, ist eine wesentliche Verminderung der Verbrauchskosten.

Die Bewohner des Konrad Broßwitz-Heims entziehen sich unter fadenscheinigem Vorwand der Diskussion um diese Frage. Es kann keine Rede davon sein, daß der Präsident eine Hundertschaft von Polizisten bereitgehalten hat, um die Bewohner einzuschüchtern. Zu dem vereinbarten Zeitpunkt des Gesprächs waren allerdings wenige Polizisten im Juridicum. Sie waren nicht in dem Raum, in dem das Gespräch stattfinden sollte. Der Präsident hatte daraufhin einen zweiten Gesprächstermin im AStA vorgeschlagen. Auch dieser wurde von seiten der Bewohner abgesagt. Hieraus ergibt sich, daß die Bewohner sich offensichtlich der Diskussion um die Frage der Höhe der Verbrauchskosten entziehen wollen. Dies ist freilich eine völlig unrealistische Haltung. Eine Lösung kann nur erfolgen, wenn man in einer gemeinsamen Anstrengung versucht, diese Verbrauchskosten zu senken. Inzwischen ist darüber hinaus die Grundmiete weiter erniedrigt worden, da die Bundesvermögensverwaltung ihren Mietzins gesenkt hat und zusätzlich die Unterhaltung des Hauses in Dach und Fach zugesagt hat.

Eine Reduzierung der Verbrauchsausgaben wäre auf folgende Art und Weise möglich:

1. Der zuletzt gültige Vertrag mit einer Gebäudereinigungsfirma erbrachte für die Durchführung der Hausreinigung eine monatliche Belastung von 788 DM. Im Jahr 1976 lag dieser Betrag höher, da in den ersten Monaten des Jahres eine bei der Stiftung angestellte Putzfrau die Reinigungsarbeiten vornahm. Geht man davon aus, daß die Hälfte der Reinigungsarbeiten von Hausbewohnern durchgeführt werden können, so reduziert sich die jährliche Belastung für Hausreinigung auf 4728 DM.

2. Die Hausmeisterarbeiten können auch von den Heimbewohnern durchgeführt werden. Damit ergibt sich eine Einsparung von ca. 13 000 DM im Jahr.

3. Die Verwaltungspersonalkosten der Stiftung Studentenhaus wurden auf die Heimbewohner sämtlicher von der Stiftung verwalteter Studentenwohnheime umgelegt. Diese Position kann bei einer organisatorischen Neuregelung entfallen.

Durch diese Kostenminderungen reduziert sich die monatliche finanzielle Belastung pro Wohnheimplatz auf 98 DM.

Die Kostenberechnung für 1976 zeigt deutlich, daß der weitaus größte Teil, nämlich etwa ein Drittel der Kosten, auf Energieverbrauch zurückzuführen ist. Auch hier wären sicher weitere Einsparungen möglich.

Eine Subventionierung von laufenden Kosten in Studentenwohnheimen ist, wie weiter oben bereits ausgeführt, ausgeschlossen. Andererseits muß gesehen werden, daß die ausgesprochen niedrige Mietforderung des Bundesvermögensamtes nichts anderes ist als eine indirekte Subventionierung.

Offen bliebe damit lediglich die Frage der organisatorischen Neuregelung und damit die Frage der Trägerschaft. Das Studentenwerk hat in einem Beschluß festgelegt, daß es nur bereit ist, Studentenwohnheime zu übernehmen, die kostendeckend arbeiten. Dies ist im Moment beim Konrad Broßwitz-Heim nicht der Fall.

Nach Meinung des Präsidenten gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten:

1. Das Studentenwerk schließt einen Mietvertrag, der die in der anliegenden Tabelle angegebene Grundmiete enthält. Die Verbrauchskosten werden nach Maßgabe der oben angegebenen Punkte gesenkt, sie werden monatlich ermittelt und umgelegt. Die Studenten haben es dann selbst in der Hand, die Höhe ihrer Gesamtbelastung zu bestimmen. Es ist offen, ob das Studentenwerk sich auf eine derartige Lösung einläßt, der Präsident wäre jedoch bereit, sich im Vorstand des Studentenwerks hierfür einzusetzen.

2. Das Konrad Broßwitz-Heim wird in studentischer Selbstverwaltung betrieben. Zu diesem Zweck wäre es denkbar, einen eingetragenen Verein zu gründen, der als Träger des Konrad Broßwitz-Heimes fungiert und dem die Studentenschaft und die Hausbewohner angehören könnten. Dieser Verein würde dann gegenüber dem Bundesvermögensamt als Vertragspartner auftreten und die Heimselbstverwaltung organisieren.

Der Präsident weist an dieser Stelle noch einmal darauf hin, daß die Studentenheime nicht von der Universität betrieben werden. Die Kompetenz liegt zur Zeit bei der Stiftung Studentenhaus, später beim Studentenwerk. Beide haben autonome Gremien. Der Präsident bietet an dieser Stelle noch einmal seine Vermittlung an. Auf der Grundlage des oben Dargestellten müßten sich Lösungen finden lassen, die die Erhaltung des Konrad Broßwitz-Heimes als Studentenwohnheim sicherstellen. Ohne Zweifel ist dies nur möglich, wenn auf allen Seiten Gesprächs- und Kompromißbereitschaft besteht.

Kostenrechnung pro Wohnheimplatz des Konrad Broswitz-Heimes 1976 (55 Wohnheimplätze)

Berechnung der Grundmiete	insgesamt		pro Platz und Monat	Prozent	Vorschlag Präsident	pro Platz und Monat
Miete an BVA	18 480,00		28,00	18	7 200,00	11,00
Grundsteuer	1 104,00		1,70	1	1 104,00	1,70
Schneebeseitigung	255,00		0,40	—	255,00	0,40
Müllabfuhr	1 594,00		2,40	2	1 594,00	2,40
Versicherungen	2 761,50		4,20	3	2 761,50	4,20
Leitungswasser		*954,00*				
Haftpflicht		*884,00*				
Sturm		*584,00*				
Feuer (Gebäude)		*297,00*				
Feuer (Einrichtung)		*42,50*				
Anteil Verwaltungspersonal	4 760,00		7,20	5	—	—
Anteil Verwaltungssachkosten	2 073,00		3,10	2	2 073,00	3,10
Grundmiete:	31 027,50		47,00	31	14 987,50	22,80
Berechnung der Verbrauchsumlage						
Energie	35 392,00		53,60	34	35 392,00	53,60
Strom		*10 733,00*	*16,30*	*11*		
Gas		*13 829,00*	*21,00*	*13*		
Wasser		*7 446,00*	*11,30*	*7*		
Abwasser		*3 384,00*	*5,00*	*3*		
Hausreinigung	14 605,00		22,10	14	4 728,00	7,20
Instandhaltung	6 461,00		9,80	6	6 461,00	
Reinigung (Bettwäsche) u. Reinigungsmaterial	3 400,00		5,20	3	3 400,00	9,80 5,20
Hausmeister	13 430,00		20,40	13	—	—
Verbrauchsumlagen:	73 288,00		111,10	70	49 981,00	75,80
Gesamtkosten:	104 315,50		158,10	100	64 968,50	98,60

Die KHU will Verfaßte . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

rat zukommen. Dementsprechend würde sich dann die Wahlperiode der studentischen Mitglieder der Universitätsgremien auf ein Jahr verkürzen. Die Studenten hätten die Möglichkeit, ihre Vertreter jedes Jahr neu zu bestimmen.

Wer sich in der heutigen Situation für die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft einsetzt, muß sich darüber im klaren sein, daß es hierbei nicht nur auf Lippenbekenntnisse ankommt. Es müssen Lösungen gefunden werden, die einerseits der Verfaßten Studentenschaft Aufgaben innerhalb der Universität zuweisen, die aber andererseits die in unserem Staat bestehende verfassungsrechtliche Situation berücksichtigen. Der von den hessischen Universitätspräsidenten gemachte Vorschlag ist ein realistischer Weg zur Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft, der davon ausgeht, daß hierfür nicht nur rechtliche Konstruktionen, sondern auch inhaltliche Problemlösungen notwendig sind.

Offener Brief der Heimbewohner

Offener Brief an den Universitätspräsidenten

Sie wollen uns also nach all den Vorfällen zu einem neuen Gespräch einladen.

Am 18. 5., als wir bereit waren, Ihnen die Antwort auf Ihre Vorschläge zu geben und unsere Forderungen darzulegen, hatten Sie nichts besseres zu tun, als eine Hundertschaft Polizei bereitzuhalten, um uns einschüchtern und kriminalisieren zu wollen. Sie haben das Gegenteil erreicht, Herr Krupp, unsere Entschlossenheit nimmt täglich zu.

Unsere Forderungen wurden Ihnen offen in unseren Flugblättern dargelegt und wir wiederholen sie Ihnen gerne noch einmal:

1. Übernahme des Hauses in das Studentenwerk unter Nichtanwendung des Kostendeckungsprinzips;
2. Rücknahme der Kündigungen;
3. Rücknahme der Mieterhöhungen und der damit verbundenen Räumungsklagen;
4. neue Mietverträge für alle Heimbewohner von 90 DM nach erfolgter Renovierung des Heimes.

Hinhalten lassen wir uns nicht mehr durch Gesprächsangebote. Was wir jetzt von Ihnen wollen, ist eine klare Entscheidung bezüglich des Heimes und der Erfüllung der Forderungen.

Wir erwarten eine öffentliche und kurzfristige Stellungnahme in Ihrem präsidialen Hausorgan „UNI-REPORT" oder auf anderem Wege zur Kenntnisnahme der Studentenschaft und der Heimbewohner!

Für uns ist die Entscheidung klar — wir bleiben in unserem Haus!

Die Broßwitz-Heim-Bewohner & AStA

Aufgespießt

Sie sollten die Bezeichnung „Andragogik" ändern. Für den, der diesen Ausdruck vom Wort her versteht, ist das so etwas wie „männlicher Arbeitsdienst".

Prof. Dr. Helmut Rahn in der Sitzung des Ständigen Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten am 12. Mai bei der Diskussion über die Einrichtung einer Studienrichtung „Pädagogik und Andragogik der Dritten Welt".

UNI-REPORT
Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt
Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31 6000 Frankfurt am Main. Telefon (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72 Telex 04 13 932 unif d.
Druck: Union-Druckerei. 6000 Frankfurt am Main.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder
Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Pädagogik der Dritten Welt

Der Ständige Lehr- und Studienausschuß der Universität Frankfurt hat am 12. Mai der Einrichtung einer neuen Studienrichtung Pädagogik in der Dritten Welt am Fachbereich 4, Erziehungswissenschaften, zugestimmt. Die Einrichtung einer zusätzlichen Studienrichtung am Fachbereich 4 ergibt sich aus dem Zusammenhang der Bildungs- und Erziehungsprobleme in der Dritten Welt und denen in den Metropolen (der Ausdruck „Metropole" ist der sowohl geschichtlich und kulturell als sozio-ökonomisch und politisch weiter gefaßte Begriff an Stelle einer Reihe anderer Termini, wie „imperialistische" oder „hochentwickelte" Länder, „Industrienationen", „nördliche Halbkugel" u. a., die eher nur Teilaspekte der zu bezeichnenden Beziehung erfassen).

Der eingleisigen, meist wirtschafts- und machtpolitisch interessierten Ausfuhr und Investition ökonomischen, technologischen, kulturellen und politisch-organisatorischen Kapitals aus den Metropolen stehen bislang meist auch hier konzipierte Programme der Ausbildung zur Seite, die gemäß der Interessenlage der pädagogisch-andragogischen Entwicklungshilfe den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt entgegenstehen. Die Konzeption einer universitären Bildung und Ausbildung sowohl deutscher als auch ausländischer Graduierter hat sich wissenschaftlich und berufspraktisch aber an der sozioökonomischen, kulturellen und politischen Entfaltung der Handlungsfähigkeit der Völker in der Dritten Welt zu orientieren.

Mithin versteht sich diese Studienrichtung nicht als Transfer-Träger exogener Vorstellungen von Bildung und Erziehung auf die Länder der Dritten Welt, sondern will in Lehre und Forschung alle Zielsetzungen, Didaktiken und Methoden der Pädagogik und Andragogik bei ihrer theoretischen und praktischen Anwendung auf, bzw. Entwicklung in den sozialen und kulturellen Zusammenhängen in der Dritten Welt kritisch überprüfen. Dabei wird es die Aufgabe der Studienrichtung sein, deutschen Studenten und Studenten und Graduierten aus Ländern der Dritten Welt die Möglichkeit eines qualifizierten Studiums bzw. Zusatzstudiums mit den Abschlüssen Diplom, Magister oder Promotion zu geben. Bei den zunächst zu Universitäten in Ländern der Dritten Welt angestrebten Kontakten wird es bei der künftigen wissenschaftlichen Kooperation darauf ankommen, in der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Theorie wie der bildungsorganisatorischen Praxis die autozentrierten Bemühungen von Ländern der Dritten Welt auf dem Bildungssektor zu unterstützen.

Wie stets bei der Entwicklung bzw. Ausgliederung zusätzlicher Zweige der Lehre und Forschung entstehen auch für diese Studienrichtung wissenschaftliche, didaktische und organisatorische Probleme der spezifischen Zuständigkeiten im Lehrangbot, bzw. der inhaltlichen und studienorganisatorischen Zusammenarbeit mit einer Reihe anderer Fachbereiche. Eine sinnvolle Konzeption der Studienanforderungen kann jedenfalls nur dann durch entsprechende Lehrangebote abgedeckt werden, wenn neben den spezifisch pädagogischen Angeboten des Fachbereichs 4 für die Studienrichtung auch die Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften, Geschichtswissenschaften, Klassische Philologie und Kunstwissenschaften, Neuere Philologien sowie Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften und ggf. weitere mit gezielten Lehrangeboten treten können, die freilich eine entsprechende erweiterte Lehrkapazität erfordern werden. Zu diesem Zwecke fanden bereits mehrere interdisziplinäre Sitzungen der o. g. Fachbereiche statt, in denen Vorbereitungen für die Erstellung eines interdisziplinären Veranstaltungsangebots für die Studienrichtung mit dem Ziel einer weiteren Erarbeitung curricularer Systematisierungen getroffen wurden.

Für diese weitere Konzeption inhaltlicher und organisatorischer Art werden alle interessierten Fachbereiche, Professoren und Studenten gebeten, sich mit den Initiatoren der Studienrichtung in Verbindung zu setzen, um durch kritische und konstruktive Mitarbeit den weiteren Ausbau der Studienrichtung zu unterstützen (Hausapparat 2431 — Eckhard Deutscher).

G. Böhme E. Jouhy

DFG-Mittel

Prof. Dr. J. Svejcar (Institut für Humangenetik) hat von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe für zwei Jahre erhalten. Gegenstand des geförderten Vorhabens sind: Untersuchungen von Mucopolysacchariden und Kollagen in Knorpel-Knochenbiopsien von Patienten mit erblichen Skelettdysplasien.

Personalrat verurteilt die Schmierereien

Der Personalrat verurteilt, daß am Montagabend, dem 16. Mai 1977, Plakatwände aus der Verankerung herausgerissen, Farbbeutel gegen das Hauptgebäude geworfen und Schmierereien am Bibliotheksgebäude des Juristischen Seminars angebracht wurden.

Der Personalrat stellt fest, daß diese Vorgänge von den Bediensteten fast ausnahmslos als unzumutbare Belästigung empfunden werden; insbesondere sind diejenigen Mitarbeiter betroffen, deren Arbeitsplätze unmittelbar von diesen Aktionen beeinträchtigt worden sind.

Die mühselige Entfernung der Malereien und die Übermalung der Gebäudeflächen ist für die damit beauftragten Bediensteten eine zusätzliche Belastung. Es ist ein untragbarer Zustand, daß die Arbeiter der Hausverwaltung bei dieser Tätigkeit Belästigungen ausgesetzt sind.

Der Personalrat stellt grundsätzlich fest, daß solche Akte in der gegenwärtigen Situation von jenen ausgenutzt werden können, die die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten an der Universität einschränken wollen.

Der Personalrat ist der Ansicht, daß es weder politische noch andere Argumente gibt, die ein solches Vorgehen rechtfertigen können. Vielmehr schaden diese Aktionen dem berechtigten studentischen Protest gegen die unzumutbaren materiellen Ausbildungsbedingungen und gegen die zunehmende Einschränkung der Rechte der Studenten.

Insbesondere verstärkt es die von anderer Seite beabsichtigte Spaltung zwischen Universitätsbeschäftigten und Studenten, obwohl gerade heute angesichts der wachsenden Verschlechterung der Arbeits- wie der Ausbildungsbedingungen an der Universität ein gemeinsames Vorgehen dringend notwendig ist.

Der Personalrat muß darauf hinweisen, daß die Universität ein Arbeitsplatz für fast 3000 Mitarbeiter ist; viele davon verbringen hier den größten Teil ihres Arbeitslebens. Für sie will er bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Dazu gehört auch, daß er sich für eine Verbesserung der baulichen Gestaltung der Universität, die gegenwärtig zunehmend einer Betonwüste gleicht, einsetzen wird. Dazu gehört ebenfalls, sich vor diejenigen Beschäftigten zu stellen, deren Arbeitsplätze unmittelbar von den Aktionen beeinträchtigt sind.

Der Personalrat weist nachdrücklich die Auffassung zurück, daß die Schmierereien dem AStA angelastet werden. Wer dies tut, versucht von dem berechtigten Protest des AStA und der Studenten gegen die jetzt geplante Anpassung des Hessischen Universitätsgesetzes an das Hochschulrahmengesetz (Auflösung der verfaßten Studentenschaft, Ordnungsrecht, Regelstudienzeit) abzulenken.

Weißmann
Vorsitzender
des Personalrates

Sri Lanka-Untersuchung

Prof. Dr. Karl Vorlaufer, Seminar für Wirtschaftsgeographie der Universität Frankfurt, führte mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft von Mitte Februar bis Mitte April 1977 in Sri Lanka Untersuchungen über die durch den Tourismus ausgelösten wirtschafts- und sozialräumlichen Veränderungen durch. Eine wesentliche Zielsetzung der Studie ist es insbesondere, aus wirtschaftsgeographischer Sicht die Zusammenhänge zwischen der fremdenverkehrswirtschaftlichen Entwicklung, der Beschäftigung und der Arbeiterwanderungen sichtbar werden zu lassen.

Im Mittelpunkt der Erhebungen stand daher eine Befragung von etwa 2500 Beschäftigten, um u. a. die sozio-ökonomischen Merkmale, das Wanderungsverhalten, das Ausmaß und die Formen der Bindungen der Beschäftigten an die traditionelle Gesellschaft und den Prozeß der Integration der Arbeitskräfte in die durch den Fremdenverkehr überformten Räume zu erfassen.

Wahlen zum Studentenparlament

Die Wahlen zum Studentenparlament der Legislaturperiode 1977 finden von Dienstag, 21. Juni, bis Donnerstag, 23. Juni 1977, jeweils von 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr statt. Letzter Termin für die Einreichung der Wahlvorschläge (Listenschluß): Dienstag, 7. Juni 1977. Öffentliche Stimmauszählung: Donnerstag, 23. Juni 1977, ab 15.30 Uhr im Hörsaal III.

1. Wahlverfahren

Wahlberechtigt ist jeder Student der Johann Wolfgang Goethe-Universität, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme und kann nur in dem Fachbereich wählen, dem er wahlrechtlich — entweder auf Grund der eigenen Option oder der automatischen Zuordnung — angehört.

Die Wahl ist gemäß den allgemeinen demokratischen Prinzipien geheim, daher ist der Wähler nicht berechtigt, seinen Stimmzettel offen auszufüllen oder einem anderen Einblick in den ausgefüllten Stimmzettel zu gewähren. Nicht geheim abgegebene Stimmzettel sind ungültig und von den Wahlhelfern als solche zu kennzeichnen. Zur Stimmabgabe dürfen nur die vom Wahlausschuß im Einvernehmen mit dem Kanzler vorbereiteten Stimmzettel verwendet werden. Die Wahlberechtigung wird bei der Ausgabe der Stimmzettel anhand des Wählerverzeichnisses und des Studentenausweises oder eines Personalausweises überprüft. Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber wahlberechtigt ist, kann dessen ungeachtet wählen. Der Fachbereich Chemie wählt in zwei verschiedenen Wahllokalen nach gleichlautenden Wählerverzeichnissen. Zur Vermeidung einer doppelten Stimmabgabe ist es erforderlich, den Studentenausweis entsprechend zu kennzeichnen. Aus diesem Grunde ist es für die Chemiestudenten notwendig, den Studentenausweis vorzulegen. Wer dies unterläßt, kann nicht zur Wahl zugelassen werden. Das Wählerverzeichnis ist nach Stimmbezirken gegliedert.

2. Wählerverzeichnis

Das Wählerverzeichnis wird geschlossen am 7. Juni, 15 Uhr; es liegt am 7. Juni von 9 bis 15 Uhr im AStA zur Einsichtnahme aus. Einspruch kann während der Offenlegung beim Wahlausschuß im AStA eingelegt werden, über Einsprüche gegen die Eintragung in das Wählerverzeichnis wird am 7. Juni 1977, 15 Uhr, in öffentlicher Sitzung des Wahlausschusses im AStA entschieden.

3. Listeneinreichung

Wahlvorschläge müssen spätestens zwei Wochen vor der Wahl beim Wahlausschuß eingereicht werden. Formblätter für Vorschlagslisten sind beim AStA erhältlich. Ein Wahlvorschlag besteht aus einer Liste von mindestens drei Kandidaten mit festgelegter Reihenfolge, die sich mit einheitlichem Programm unter einheitlicher Bezeichnung zur Wahl stellen. Listen, die nicht bereits im alten Parlament vertreten waren, können nur dann zur Wahl zugelassen werden, wenn mindestens 50 Wahlberechtigte durch Unterschrift und Angabe ihrer vollständigen Adresse und Fachbereichszugehörigkeit den Wahlvorschlag unterstützen. Der Wahlausschuß ist zur Überprüfung der Angaben verpflichtet. Über die Zulassung der eingegangenen Wahlvorschläge wird am 7. Juni 1977, 15 Uhr, in öffentlicher Sitzung des Wahlausschusses im AStA entschieden.

4. Briefwahl

Briefwahl ist zulässig. Der Antrag muß bis spätestens 7. Juni 1977 um 15 Uhr beim Wahlausschuß im AStA eingegangen sein. Auf dem Antrag muß angegeben werden, ob die Wahlunterlagen beim Wahlamt abgeholt oder dem Wähler zugesandt werden sollen. Die Abholung beim Wahlamt der Universität (Dantestraße 9, Erdgeschoß) ist vom 14. bis 20. Juni 1977 jeweils von 9 bis 16 Uhr möglich. Für die Zusendung der Wahlunterlagen ist es notwendig, den Fachbereich, die Matrikelnummer sowie die genaue Anschrift auf dem Antrag anzugeben. Die Wahlbriefe müssen spätestens bis zum Ende der Wahlzeit beim Wahlamt eingegangen sein.

5. Stimmbezirke und Wahllokale für die Fachbereiche

1 Juridicum, Erdgeschoß, neben der Cafeteria: Rechtswissenschaft, Philosophie, Geowissenschaften
2 Vor dem Dekanat der Wirtschaftswissenschaften, Hauptgebäude, Erdgeschoß: Wirtschaftswissenschaften, Geographie
3 Turm, Erdgeschoß: Gesellschaftswissenschaften, Psychologie, Religionswissenschaften
4 Turm, Erdgeschoß: Erziehungswissenschaften
5 Studentenhaus, Erdgeschoß: Geschichtswissenschaften, Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften, Biologie, Klassische Philologie und Kunstwissenschaften
6 Philosophicum, Gräfstraße 76, Erdgeschoß: Neuere Philologien
7 Physikalisches Institut, Robert-Mayer-Straße 2-4, Erdgeschoß: Mathematik, Physik, Biochemie und Pharmazie
8 a Physikalisches Institut, Robert-Mayer-Straße 2-4, Erdgeschoß: Chemie (Zentralbereich und Niederrad)
8 b Dienstgebäude Niederurseler Hang (besonderer Hinweis): Chemie (Niederursel)
9 Klinikmensa: Humanmedizin

Der Wahlausschuß

*

In der Ausgabe vom 15. Juni werden im Uni-Report die Kandidatenlisten zur Studentenparlamentswahl veröffentlicht. Jede Liste hat dabei die Möglichkeit, sich vorzustellen. Der Beitrag jeder Liste kann maximal 35 Schreibmaschinenzeilen mit 60 Anschlägen pro Zeile umfassen.

Die Redaktion bittet die Listenführer oder Vertrauensmänner, ihren Beitrag bis spätestens 8. Juni 1977, 16 Uhr, in der Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Raum 1053, einzureichen.

Archiv für Schulgeschichte

Das seit 10 Jahren dem „Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft“ (Fachbereich Erziehungswissenschaften) angegliederte „Archiv für Hessische Schulgeschichte“ stellte sich am 18. 5. 1977 nach Jahren des Auf- und Ausbaus der Universität — vertreten durch Vizepräsident Prof. Dr. Schlosser, Dekan Prof. Dr. Iben und Universitäts-Bibliotheksdirektor Prof. Dr. Köttelwesch — vor. Prof. Dr. Elzer als Initiator berichtete über die Entstehung und die Bedeutung dieses Archivs für die historische Forschung im Hinblick auf die Schule und die Lehrerausbildung; der wissenschaftliche Mitarbeiter G. Bruske als Betreuer dieser Bestände stellte die einzelnen Bereiche (Archivalien, Sammlungen, historisch-wissenschaftlicher Apparat) vor.

Die Geschichte des Archivs ist selbst ein Stück Lehrerbildungs- und Schulgeschichte — im besonderen aber für das Gebiet von Südhessen. Deshalb einige Anmerkungen aus dem Bericht von Herrn Elzer:

Die Geschichte ihres Metiers war schon immer ein Interessenschwerpunkt der Lehrerausbildung. Schon bald nach 1945 wurde den Bildungshistorikern klar, daß die historische Erhellung der Zeit 1945 bis 1950 und auch darüber hinaus der späteren Zeit einige Schwierigkeiten bereiten wird. Die Schul- und Hochschulpolitik der Amerikaner war wohl unter der Devise Reeducation thematisch klar, die praktische Politik war doch voller Zufälligkeiten. Als Mitakteur seit Juni 1945 für die Eröffnung der Schulen, der Neueinrichtung der Lehrerausbildung im Volksstaat Hessen-Darmstadt, Mitstreiter bei der Ingangsetzung der TH, der Museen etc. wurde einem Historiker bald klar, daß beim Fehlen der „Aktenablieferung“ an Archive diese erste Zeit eine historia valde incognita sein wird, daß mit dem Tod vieler älterer „Streiter der ersten Stunde“ das Wissen über die Zeit verflogen sein wird. Auf Grund dieser Einsichten wurde 1952 ein Arbeitskreis für Schulgeschichte gegründet, dem Universitätshistoriker, Kirchenhistoriker, Archivleute etc. angehörten. Nach dem Auslaufen des Päd. Instituts Darmstadt, dessen 1. Leiter und auch letzter Direktor Prof. Elzer war, und nach dessen Berufung nach Frankfurt am Main wurde diese Bemühung seit 1963 dort weiter fortgesetzt. Minister Schütte veranlaßte die Verlagerung der Akten an die Universität nach Frankfurt. Sie enthielten viel Interessantes über die Zeit nach 1945, auch Aktenbestände anderer Institutionen für Lehrerausbildung vor und nach 1945; so z. B. die Akten der zwei Ausbildungslehrgänge für Absolventen der Lehrerbildungsanstalten in Ffm. unter Julius Wagner, die Akten der 1949 beendeten pädagogischen Ausbildungslehrgänge in Fulda, Akten von ergänzenden Kursen 1945/46 in Geisenheim und im „exemten“ Friedberg.

Hessische Lehrerbildung in der späteren Form, auch im „Frankfurter Konzept“ schließt sich an die Darmstädter Form an, die nach 1945 die Kontinuität mit der Form herstellen wollte, die von 1924 bis 1933 als die der TH Darmstadt eine besondere Struktur hatte. (Hessen ist dieser Darmstädter Form gefolgt, nicht der preußischen Form, wie sie noch nach 1945 in Weilburg und Kassel gepflegt wurde.)

Nach Verhandlungen mit Kultusminister Schütte in den Jahren 1964/65 wurden die genannten Akten, soweit sie für die Geschichte der Hessischen Lehrerbildung von Bedeutung sind, mit Erlaß vom 17. 1. 1966 dem Erziehungswissenschaftlichen Seminar der damaligen Hochschule für Erziehung überstellt unter Betreuung durch Herrn Prof. Elzer.

Die Prüfungsakten kamen zum Archiv des hiesigen Prüfungsamtes. Da für die ca. 11 000 wissenschaftlichen Prüfungsarbeiten eine Auswertung dort nicht möglich war, wurden diese 1976 ebenfalls dem Archiv für hessische Schulgeschichte übergeben, das bereits mit der Aufbereitung dieses wichtigen Studienmaterials begonnen hat.

Die Jugenheimer Studentenkartei mit Prüfungsunterlagen und -ergebnissen wurde 1965 der akademischen Verwaltung der HFE unter Leitung von Frau Amtmann Sommer übergeben. Inzwischen wurde dieser Teil des Archivs dem Didaktischen Zentrum einverleibt und so aufbereitet, daß zahlreiche Anfragen ehemaliger Studierender sowie von Behörden beantwortet, Auskünfte erteilt und Bescheinigungen ausgefertigt werden können. Dieser Aktenbestand ist Teil des Gesamtarchivs.

Es besteht die Absicht, die Arbeit der alten Arbeitsgemeinschaft Hessische Schulgeschichte wieder zu beleben. Das Archiv wird in Abständen Vorträge zu historischen Themen veranstalten und auch zwei Editionsreihen, die seit 1965 existieren (Frankfurter Beiträge zur Historischen Pädagogik; Frankfurter Beiträge zur Pädagogik), weiter fortsetzen.

Wichtigste Bestände des Archivs

Amts-, Gesetz- und Verordnungsblätter von 1820 bis 1933. — Geschichtliche Landes-, Heimat- und Volkskunde (Zeitschriften und Chroniken) — Standardwerke zur Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens, z. B. Monumenta Germaniae Paedagogica (1886–1934)/ Monumenta Paedagogica (1960–1973) — Beiträge zur hessischen Schul- und Universitätsgeschichte — Standardwerke zur Pädagogik und ihrer Geschichte (z. B. Pädagogik–Schule –Unterricht) — Archiv für die ausübende Erziehungskunst, ab Jg. 1777 — Magazin zur Beförderung des Schulwesens ab 1791 — Pädagogische Revue; Centralorgan für Pädagogik, Didaktik und Culturpolitik ab 1840/Pädagogisches Archiv, Centralorgan für Erziehung und Unterricht in Gymnasien, Realschulen und höheren Bürgerschulen ab 1859 — Zur Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, bes. Verbandszeitschriften: z. B. Schulblatt für das Großherzogthum Hessen ab Jg. 1844 — Allgemeines Nassauisches Schulblatt ab 1850/Allgemeines Schulblatt für den Regierungsbezirk Wiesbaden ab 1803/Schulbote für Rhein und Main ab 1860/Schulbote für Hessen ab 1863.

Allgemeine Werke zur Bildungs- und Schulpolitik, allgemeine Schulfragen/Schulreform aus der Zeit nach 1945 — Eine weit ausgebaute Schulbuchsammlung.

Neben den Akten des ehemaligen Pädagogischen Instituts in Jugenheim und anderen Instituten der LAB auch die Akten der ehemaligen Konferenz Pädagogischer Hochschulen/Hochschulkonferenz für Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik; auch ein von Herrn Prof. Heydorn begründetes Nelson-Archiv sowie wertvolle Rara.

Sportfest am 1. Juli

„Bitte die Teilnehmerkarte vorzeigen“, ein lästiges, aber notwendig gewordenes Übel, das die Teilnahme am Hochschulsport mit sich bringt. Besonders hart trifft diese Maßnahme solche Teilnehmer, die die Kurse im Zentrum in der Ginnheimer Landstraße besuchen. Wer jedoch das Schlangestehen anfangs des Semesters miterlebt hat, kann sich ein Bild machen, wieviel Sportwillige das Zentrum für Hochschulsport betreut. Im Augenblick ist die Teilnehmerkartennummer bei 4800 angelangt, ohne daß die vielen Wochenendkurse oder Exkursionen mitgerechnet sind.

Diese „Teilnehmermasse“ richtig zu lenken ist nicht nur ein organisatorisches Problem, sondern wirft auch inhaltliche Fragen auf. Eine Teilnehmerbeschränkung ist bei manchen Veranstaltungen schon deshalb notwendig, um die betreffende Sportart überhaupt betreiben zu können.

Wir bitten daher die Teilnehmer, die weiße Teilnehmerkarte immer bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzuzeigen, denn ohne weiße Karte wird kein Einlaß gewährt.

Durch die vollständige Belegung der Wochenkurse, die die weiteren Hinweise auf freie Plätze erübrigt, kann an dieser Stelle noch auf die Sommerferienzeiten und Exkursionen hingewiesen werden, die Ruder- und Paddelwanderfahrten, Wandern, kombinierte Segel-Kanu-Kajak-Bergwandern-Freizeit und Sommerskilauf umfassen, sowie auf das Sonderprogramm Sport und Sprache in England. Nähere Informationen und Anmeldungen im Geschäftszimmer des Zentrums für Hochschulsport.

Wie alljährlich organisiert das Zentrum für Hochschulsport ein großes Fest, das mit seinem sportlichen und gesellschaftlichen Teil partiell die Arbeit am Zentrum widerspiegelt. Als Termin ist Freitag, der 1. Juli 1977 vorgesehen.

Es ist geplant, in verschiedenen Sportarten Turniere durchzuführen. Gemischte Mannschaften sind nicht nur erwünscht, sondern meist auch vorgeschrieben. Es wird in folgenden Sportarten gespielt: Volleyball, Basketball, Fußball, Minihockey, Badminton. Außerdem wird ein Mannschaftsorientierungslauf angeboten.

Die Mannschaftsmeldung sollte bis spätestens 15. Juni 1977 beim Zentrum für Hochschulsport abgegeben werden.

Natürlich geht der sportliche Teil nahtlos in den Sommernachtstanz über.

Rudolf Rügemer

Schulpraktika im Frühjahr 1978

Wegen der am 20. 3. 1978 beginnenden Osterferien müssen die fünfwöchigen Schulpraktika für Lehramtsstudenten bereits am 13. 2. 1978 beginnen. Aus diesem Grund hat der Ständige Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten der Universität Frankfurt die Dekane der lehrerausbildenden Fachbereiche per Beschluß aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Klausuren und andere das Wintersemester 1977/78 abschließende Arbeiten vor dem 10. 2. 1978 durchgeführt werden und daß die an Schulpraktika beteiligten Mitglieder der Universität mit diesem Tage ihre Veranstaltungen abschließen.

Leserbriefe

„Kampf für Menschenrechte — überall“

Zur Freilassung von zwei politischen Gefangenen (Juan Bosco Maino Canales aus Chile und Boris Ewdokimov aus der Sowjetunion) will die Kritische Union/Ring Christlich Demokratischer Studenten (KU/RCDS) Frankfurt im Rahmen einer bundesweiten RCDS-Aktion vom 1. bis zum 17. Juni eine Unterschriftensammlung an der Universität durchführen. Mit dieser Aktion will der RCDS auf die Verletzung der Menschenrechte in Chile (stellvertretend für die faschistischen Systeme) und der Sowjetunion (stellvertretend für die kommunistischen Staaten) aufmerksam machen, da in beiden Ländern unabhängig vom ideologischen Vorzeichen der jeweiligen Unterdrücker tagtäglich brutal gegen die Prinzipien der UNO und die allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 verstoßen werde. Mit Gewalt und Unterdrückung halten sich die Regimes dieser Länder an der Macht; Arbeitslager und Gefängnisse mit unmenschlichen Bedingungen, die Zerstörung der Persönlichkeit in psychiatrischen Anstalten – dies sind nach den Worten des RCDS-Vorsitzenden Michael Theis Instrumente, mit denen Andersdenkende in der Sowjetunion und Chile unterdrückt werden.

Hedwig Dörner
Pressereferentin des RCDS Frankfurt

Klare Absage an die geplanten Gehaltskürzungen für Referendare!

Die „Unabhängige Fachbereichsgruppe Jura“, die auch im Fachbereichsrat vertreten ist, führte im Juridicum der Johann Wolfgang Goethe Universität eine Unterschriftensammlung durch. Diese Aktion zeigte sehr deutlich, wie stark der Widerstand gegen die von der Bundesregierung geplanten Gehaltskürzungen und die Einführung eines Numerus clausus für alle (Lehramts-, Studien- und Gerichts-) Referendare ist: in wenigen Stunden trugen sich mehr als 700 Studenten, Professoren, Dozenten und Referendare verschiedenster politischer Couleur in die Unterschriftenliste ein. Bei der Aktion zeigte sich, daß sich die Stimmung auch unter den Jura- und Erten bald ähnlich eskalieren könnte wie bei den Medizin-Studenten, die wegen der fehlenden materiellen Absicherung im sog. Praktischen Jahr in einen bundesweiten „Streik“ traten. Die Unterschriftenliste wird nun an die bildungspolitischen Ausschüsse der im Bundestag vertretenen Fraktionen sowie an die ÖTV überreicht.

Der Wortlaut der Unterschriftenliste:

Gegen Gehaltskürzungen und Numerus clausus für Referendare!

Nach den Plänen der Bundesregierung und einiger Bundesländer soll sich die soziale Lage der Referendare drastisch verschlechtern:

— Die Grundgehälter für die Referendare, die ab 1. 9. 1977 eingestellt werden, sollen insgesamt um über 11 Prozent herabgesetzt werden!

— Ferner soll der Beamtenstatus für Referendare abgeschafft und in ein Angestelltenverhältnis „eigener Art“ umgewandelt werden. Die für die Referendare hierdurch entstehende Beitragspflicht an die Renten- und die Sozialversicherungsträger sowie an die gesetzlichen Krankenkassen bewirkt eine Kürzung um weitere 18 Prozent!

— In Bremen wurden schon die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Numerus clausus im Referendardienst geschaffen. Andere Bundesländer wollen nachziehen.

Die Unterzeichner lehnen die genannten Maßnahmen mit aller Entschiedenheit ab. Sie sehen hierin eine ungerechtfertigte und unausgewogene Belastung der Referendare, die um so bedenklicher ist angesichts des staatlichen Ausbildungsmonopols. Zudem führen die Gehaltskürzungen zu einer eklatanten Ungleichbehandlung gegenüber den vor dem 1. 9. 1977 eingestellten Referendaren.

Hans-Joachim Otto

Fortschrittliche Ansätze ausbauen

Das bildungspolitische Klima ist rauh wie schon lange nicht mehr. Die fortschrittlichen Kräfte sehen sich immer mehr in die Defensive gedrängt. Sollte aus den kommenden Landtagswahlen die CDU als Sieger hervorgehen, dürfte der Marsch zurück in die Ordinarienuniversität der 50er Jahre endgültig vollzogen sein. Dreggers offensichtlich von seinem Iran-Besuch geprägtes Gruselkabinett bildungspolitischer Sofortmaßnahmen sieht u. a. die totale Liquidierung jeder studentischen Interessenvertretung vor.

Jetzt kommt es darauf an, in der Öffentlichkeit Bewußtsein herzustellen über die gesellschaftspolitische Tragweite der zunehmenden Liquidierung demokratischer Ansätze im Hochschulbereich und unsere Forderung nach mehr Demokratisierung inhaltlich zu legitimieren. „Hoch mit-“, „Weg mit-“ und „Nieder mit-“ Parolen sind dazu sicherlich nicht geeignet — genausowenig wie Sympathiebekundungen für politische Morde.

Die Juso-Hochschulgruppe wird in Zukunft verstärkt dafür eintreten, daß demokratiefeindliche Bestrebungen im Hochschulsektor zurückgedrängt und bestehende fortschrittliche Ansätze verteidigt und ausgebaut werden. Derartige fortschrittliche Ansätze bestehen z. B. im Fach Polytechnik/Arbeitslehre, das im Wintersemester erstmals in Frankfurt angeboten wird.

DGB und JUSOS kämpfen dafür, daß im Rahmen dieses Faches den Schülern schon während der Schulzeit ein kritisches Verhältnis zur Arbeitswelt ermöglicht wird, das ihnen beim Eintritt in den Arbeitsprozeß Anfangsschwierigkeiten erspart und ihre Bereitschaft und Fähigkeit, Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, unterstützt. Deshalb führt die JUSO-Hochschulgruppe am Mittwoch abend, den 1. Juni 1977 eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema durch, auf der es u. a. möglich sein wird, mit verantwortlichen Bildungspolitikern und engagierten Gewerkschaftern zu diskutieren.

Mit dieser Veranstaltung nehmen die JUSOS den Aufruf des DGB zu einer „Bildungsoffensive“ auf. Sie machen damit deutlich, daß es nicht ausreicht, bevorstehende Verschlechterungen im Bildungsbereich zu bekämpfen, sondern daß es darauf ankommt, gleichzeitig alternative Vorstellungen zu artikulieren und offensiv in die bildungspolitische Diskussion einzubringen.

Detlev Baumanns
Sprecher der JUSO-Hochschulgruppe Frankfurt am Main

Vorschlag für Höchstzahlen im WS

Auf einer gemeinsamen Sitzung am 26. Mai haben die Ständigen Ausschüsse für Lehr- und Studienangelegenheiten und für Haushaltsangelegenheiten der Universität über die Zulassungshöchstzahlen für das Wintersemester 1977/78 beraten und beschlossen. Die im folgenden festgelegten Zahlen stellen den Vorschlag der Universität für den hessischen Kultusminister dar. Dieser wird die rechtsverbindlichen Zulassungshöchstzahlen festsetzen.

(Angabe der Studiengänge alphabetisch nach Studiengangsgruppen)

A. STUDIENGÄNGE MIT DEM ABSCHLUSS DIPLOM, MAGISTER, PROMOTION (ALS ERSTEM ABSCHLUSS) ODER STAATSEXAMEN (OHNE LEHRÄMTER)

Betriebswirtschaftslehre	259
Biologie (nicht endgültig)	124
Chemie	82
Englische Philologie	keine Beschränkung
Evangelische Theologie	keine Beschränkung
Geographie	87
Geologie	32
Geophysik	20
Germanistik	187
Geschichte	keine Beschränkung
Geschichte der Naturwissenschaften	keine Beschränkung
Geschichte und Kultur Ostasiens	keine Beschränkung
Griechische Philologie	keine Beschränkung
Indogermanische Sprachwissenschaft	keine Beschränkung
Informatik	18
Islamwissenschaften	keine Beschränkung
Judaistik	keine Beschränkung
Katholische Theologie	keine Beschränkung
Klassische Archäologie	9
Lateinische Philologie	keine Beschränkung
Lebensmittelchemie	8
Mathematik	153
Medizin	198
Meteorologie	20
Mineralogie	55
Mittlere und Neuere Kunstgeschichte	keine Beschränkung
Musikwissenschaft	8
Orientalische Philologie	keine Beschränkung
Ostasiatische Philologie	keine Beschränkung
Pädagogik	130
Pharmazie	58
Philosophie	49
Physik	107
Politische Wissenschaft	25
Psychologie (nicht endgültig)	43
Rechtswissenschaft	308
Romanische Philologie	keine Beschränkung
Slawische Philologie	keine Beschränkung
Sozialwissenschaften	199
Sportwissenschaften	keine Beschränkung
Völkerkunde	keine Beschränkung
Volkskunde	keine Beschränkung
Volkswirtschaftslehre	119
Vor- und Frühgeschichte	keine Beschränkung
Wirtschaftspädagogik	72
Zahnmedizin	30

B. STUDIENGÄNGE MIT DEM ABSCHLUSS 1. STAATSPRÜFUNG FÜR DAS LEHRAMT AN GYMNASIEN

Biologie	35
Chemie	35
Deutsch	15
Englisch	85
Erdkunde	30
Evangelische Religion	keine Beschränkung
Französisch	75
Geschichte	55
Griechisch	keine Beschränkung
Katholische Religion	keine Beschränkung
Latein	keine Beschränkung
Mathematik	72
Physik	35
Russisch	keine Beschränkung
Sozialkunde	40
Sport/Leibeserziehung	15

C. STUDIENGÄNGE MIT DEM ABSCHLUSS 1. STAATSPRÜFUNG FÜR DAS LEHRAMT AN HAUPT- UND REALSCHULEN

Biologie	75
Chemie	20
Deutsch	55
Englisch	70
Erdkunde/Geographie	45
Evangelische Religion	keine Beschränkung
Französisch	40
Geschichte	40
Katholische Religion	keine Beschränkung
Kunst	40
Mathematik	40
Musik	40
Physik	35
Russisch	keine Beschränkung
Sozialkunde	65
Sport/Leibeserziehung	40

D. STUDIENGÄNGE MIT DEM ABSCHLUSS 1. STAATSPRÜFUNG FÜR DAS LEHRAMT AN GRUNDSCHULEN

Biologie	25
Chemie	10
Deutsch	44
Englisch	25
Evangelische Religion	keine Beschränkung
Erdkunde/Geographie	10
Französisch	5
Geschichte	5
Katholische Religion	keine Beschränkung
Kunst	20
Mathematik	33
Musik	15
Physik	5
Russisch	keine Beschränkung
Sozialkunde	15
Sport/Leibeserziehung	10

E. STUDIENGANG MIT DEM ABSCHLUSS 1. STAATSPRÜFUNG FÜR DAS LEHRAMT AN SONDERSCHULEN

Sonderpädagogische Fachrichtungen	84

Hildegard Schaeder 75 Jahre alt

Am 13. April 1977 feierte Professor Dr. Hildegard Schaeder in Frankfurt am Main ihren 75. Geburtstag. Mit unverminderter Schaffenskraft und angespanntem Fachinteresse nimmt sie noch immer ihre akademischen Lehraufgaben im Rahmen der osteuropäischen Geschichte wahr. Der Fachbereich Geschichtswissenschaft würdigte das wissenschaftliche Lebenswerk der Jubilarin in einer kleinen akademischen Feierstunde am 25. Mai 1977 im Vortragssaal der Universitätsbibliothek.

Die fachliche Wirkung Hildegard Schaeders begann mit ihrer Dissertation „Moskau, das Dritte Rom", mit der sie nach umfassenden Studien in Breslau, Hamburg und Berlin 1927 bei Richard Salomon in Hamburg promoviert wurde.

Selten wird man von einer Dissertation sagen können, daß sie – wie dieses Buch, das 1963 seine dritte Auflage erlebte – nunmehr zwei Generationen von Fachstudenten als wichtige Grundlagenlektüre dient und in vielen Thesen weiterhin Ausgangspunkt der internationalen Forschungsdiskussion ist. Der Heidelberger Privatdozent Dr. Frank Kämpfer konnte dies in einem Festvortrag „Moskau, das Dritte Rom. 1927 bis 1977" eindrucksvoll belegen.

1935 bis 1943 war Hildegard Schaeder als wissenschaftliche Referentin in der Publikationsstelle des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem tätig. In diesen Jahren hat sich ihr Forschungsinteresse über Rußland hinaus auf die osteuropäische Geschichte in ihrer Einheit und Vielfalt ausgeweitet. Zugleich aber standen diese Jahre für Hildegard Schaeder im Zeichen kirchlicher Hilfe und Fürsorge für die Verfolgten des Regimes. Sie mußte dafür ihrerseits Verfolgung, Gestapo-Haft und Konzentrationslager auf sich nehmen, worüber sie in einem bewegenden Erinnerungsbuch berichtet hat („Ostern im KZ", 1947, 3. Aufl. 1960).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Hildegard Schaeder im Hauptberuf das Referat für die Orthodoxen Kirchen beim Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands geleitet und dabei maßgeblichen Anteil an dem theologischen Gespräch zwischen der Evangelischen Kirche Deutschlands und dem Moskauer Patriarchat gehabt. Der Übergang in die praktische Kirchenarbeit hat aber ihre wissenschaftliche Produktivität in der russischen Geistes- und Kirchengeschichte nicht geschmälert. Vielmehr ist diese Verbindung von Geschichtswissenschaft und theologischer Beziehungsarbeit der akademischen Lehre zugute gekommen, die Hildegard Schaeder seit 1962 als Lehrbeauftragte, seit 1965 als Honorarprofessor der Philosophischen Fakultät in Frankfurt ausübt. **Klaus Zernack**

Fernstudium in Hagen

Wer ab Herbst 1977 an der Fernuniversität Hagen studieren will, muß sich dort bis 30. Juni 1977 eingeschrieben haben (Postfach 940, 5800 Hagen 1). Nur für Hochschulwechsler ist noch Zeit zwischen 1. Juli und 15. August 1977. Die Fernuniversität Hagen ist die einzige Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland, die außer dem Vollzeitstudium auch ein vollgültiges Studium neben der Berufstätigkeit ermöglicht. Dieses „Teilzeitstudium" dauert dann natürlich länger, ist aber eine Ausbildungsform, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, gerade auch für Abiturienten, die Berufsausbildung und Studium von vornherein miteinander koppeln wollen. Zur Zeit werden folgende Studiengänge angeboten: Wirtschaftswissenschaften und Mathematik (mit Nebenfächern); Erziehungswissenschaft als Teilfach für Lehramtsstudiengänge. In Vorbereitung ist Rechtswissenschaft. Voraussetzung für alle diese Studiengänge ist Hochschulzugangsberechtigung, also in der Regel Abitur oder Abschlußzeugnis einer Fachhochschule. Eine Bewerbung über die ZVS in Dortmund (Zentralvergabestelle für Studienplätze) ist bei der Fernuniversität nicht erforderlich.

Keine Hochschulzugangsberechtigung benötigt, wer sich als Kursstudent anmelden will und lediglich ein oder zwei Kurse nach seiner Wahl belegt. Hierfür sind relativ niedrige Gasthörergebühren zu zahlen (70,– DM).

Die Universität Frankfurt hat ein Studienzentrum für Fernstudenten eingerichtet. In dieser Beratungsstelle kann sich jedermann Auskunft holen: Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung im Didaktischen Zentrum, Senckenberganlage 15 (Turmhochhaus), Raum 239, Fernruf (06 11) 7 98-38 09 und -36 13, Dr. Balser und Dr. Kappel. Die Studienbriefe der Fernuniversität können dort im Leseraum eingesehen werden.

Lambert-Kolloquium

Von 26. 9. bis zum 1. 10. 1977 findet an der Université du Haut-Rhin in Mulhouse (Frankreich) ein wissenschaftliches Kolloquium über den Philosophen, Mathematiker und Astronomen Jean-Henri Lambert statt. Es wird veranstaltet von der „Association pour la Célébration de Jean-Henri Lambert", mit der Unterstützung des C.N.R.S. und der Ecole Pratique des Hautes Etudes unter Mitwirkung der Université du Haut-Rhin. Es handelt sich darum, den zweihundertsten Todestag von Lambert zu feiern, der 1728 in Mulhouse geboren ist.

Benvenuto Samson 90 Jahre alt

Am 11. Juni 1977 vollendet Rechtsanwalt Prof. Dr. Benvenuto Samson sein 90. Lebensjahr. Benvenuto Samson ist Honorarprofessor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt und lehrt dort seit über 50 Semestern Urheberrecht, Gewerblichen Rechtsschutz und das Recht der DDR.

1887 in Moskau geboren, studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten München, Berlin und Leipzig. Sein Weg führte ihn nach Dresden, wo er fast vierzig Jahre als Rechtsanwalt wirkte. Politische Gründe zwangen ihn 1950, in die Bundesrepublik zu kommen, wo er in Frankfurt eine neue Heimat fand. Hier war er wieder als Anwalt tätig. 1951 wurde ihm ein Lehrauftrag für Urheber-, Erfinder- und Wirtschaftsrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität erteilt. 1954 folgte die Ernennung zum Honorarprofessor.

Viele Generationen von Studenten haben ihr Interesse und ihre Kenntnisse auf den Gebieten des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts sowie des Wirtschaftsrechts der DDR Samson zu verdanken. Er hat es stets verstanden, diese im Studiengang eher am Rande liegenden Materien fesselnd und praxisnah zu gestalten. Aus einer Musikerfamilie stammend ist er nicht nur profunder Kenner der Musik, sondern übt sie auch selbst aktiv aus und konnte auch aus dieser Sicht seine Hörer in das Urheberrecht einführen. Seine langjährige Tätigkeit als Wirtschaftsanwalt ermöglichte es ihm, Fragen des Wirtschaftsrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes auch in ihren vielfältigen praktischen Verästelungen darzustellen. Sein ausgeprägtes Verständnis für wirtschaftspolitische Zusammenhänge und sein hohes ästhetisches Feingefühl ist gepaart mit einem scharfen Verstand und einer warmen Menschlichkeit, die bei allen seinen Schülern einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Die Vielzahl von Dissertationen, die unter seiner Leitung entstanden sind, zeugt von seinem Wirken.

Seine wissenschaftliche Tätigkeit reicht über den Bereich der Hochschule weit hinaus. Seine ständige Mitarbeit bei der Ufita, der führenden Zeitschrift auf dem Gebiet des Urheber-, Film- und Theaterrechts sowie im Institut für Film- und Fernsehrecht und zahlreiche Veröffentlichungen haben ihn zu einer der führenden Autoritäten auf diesem Gebiet werden lassen. Der Fachbereich Rechtswissenschaft darf sich glücklich schätzen, einen solchen Wissenschaftler in seinen Reihen zu haben.

Ulrich Loewenheim

Im **Physikalischen Institut (FB 13)** der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main sind ab 1. Juni 1977 für die Dauer von zunächst drei Jahren zwei Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER (BAT II a)

zu besetzen.
Aufgaben: Wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschung und Lehre. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird den Wissenschaftlichen Mitarbeitern Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben (§ 45 HUG).
Die Bewerber müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium im Fach Physik nachweisen können.
Bewerbungen werden möglichst umgehend an den Geschäftsführenden Direktor des Physikalischen Instituts, Robert-Mayer-Straße 2-4, 6000 Frankfurt am Main, erbeten.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist bei der **Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Treuhandwesen** (Prof. Baetge) die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT mit Abschluß

zu besetzen.
Es handelt sich um eine Tätigkeit im Umfang von 92 Stunden monatlich mit folgenden Aufgabenbereichen: Mitarbeit im Rahmen eines Forschungsprojektes von Herrn Professor Baetge zu Simulationsmodellen und -techniken in der Betriebswirtschaftslehre (Literaturarbeiten und Durchführung von Simulationsläufen).
Die Einstellung soll nach Möglichkeit zum 15. Juni 1977 erfolgen.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 8. Juni 1977 erbeten an: Professor Dr. J. Baetge, Mertonstraße 17, Zi. 327 C, Tel. 798 2568.

Am **Englischen Seminar/Amerika Institut** ist ab sofort eine Stelle als

WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER (BAT II a)

zu besetzen, die bis zum 31. 3. 1978, längstens bis zur Wiederbesetzung des H4-Lehrstuhls, befristet ist.
Voraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium mit dem Schwerpunkt Linguistik, Lehrerfahrung.
Aufgaben: Dienstleistungen und Verwaltungsaufgaben im Bereich der Linguistik; Studienberatung und Betreuung studentischer Arbeiten auf linguistischem Gebiet; Mitarbeit an einem Teilcurriculum der Linguistik.
Dem Bewerber wird im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit bzw. zur Promotion gegeben.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 10. 6. 1977 an die Geschäftsführung des Englischen Seminars/Amerika Instituts zu richten.

Im **Fachbereich Biologie** werden für das Wintersemester 1977/78 folgende

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE

eingestellt:
In der **Betriebseinheit Botanik**
etwa 20 Wissenschaftliche Hilfskräfte mit und ohne Abschluß.
In der **Betriebseinheit Didaktik der Biologie**
Wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Abschluß für Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung fachdidaktischer Lehrveranstaltungen.
In der **Betriebseinheit Zoologie**
7 Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluß und 20 Wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Abschluß für Mitarbeit in folgenden Lehrveranstaltungen: Einführung in die Biologie I, Zoologisches Großpraktikum, Biologie-Praktikum für Mediziner.
Bewerbungen sind bis zum 10. Juni 1977 an den Dekan des Fachbereichs Biologie zu richten.

Im **Fachbereich 9 — Institut für Kunstpädagogik —** ist für das Wintersemester 1977/78 ein Vertrag zu vergeben für einen

STUDENTISCHEN TUTOR

mit 2 Wochenstunden.
Aufgaben: Mithilfe bei der Einführung der Arbeit mit keramischen Brennöfen, Glasuren und Engoben von Prof. Wolf Spemann.
Bewerbungen sind bis spätestens 15. 6. 1977 an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Kunstpädagogik, Sophienstraße 1-3, 6000 Frankfurt am Main 90, zu richten.

Im **Fachbereich Gesellschaftswissenschaften** sind folgende Hilfskraftstellen **ohne** Abschluß zu besetzen:

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE (ohne Abschluß)

mit 40 Wochenstunden monatlich.
Aufgabengebiet:
Signieren neuer Bücher und Diplomarbeiten, Umsignieren der Handbibliotheken und Loseblattsammlungen sowie Zeitschriften, Verbesserung alter Signaturen, Aussonderung von Doubletten und Verschickung an die UB, Katalog-Sortierarbeiten, Anmahnung von Ausleihern, Einordnen von Büchern, Zeitschriftenbearbeitung.
Beschäftigungszeitraum: 1. Juli—30. September 1977.
Bewerbungen sind ab Montag, dem 6. Juni 1977, zu richten an den Dekan des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften, Senckenberganlage 13-17, Tel. 798 3789.
Bewerbungsunterlagen sind im Dekanat des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften bei Frau Endisch, Zimmer 2227, Telefon 798 3789, Montag bis Freitag, von 10 bis 13 Uhr erhältlich.

Im **Fachbereich Humanmedizin** sind ab sofort im **Zentrum der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde des Klinikums** der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 2 Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE ANGESTELLTE

zu besetzen. Gesucht werden Mitarbeiter, die Freude an klinischer und wissenschaftlicher Arbeit haben. Kenntnisse in der Grundlagenforschung sind erwünscht, jedoch nicht Vorbedingung. Wir bieten eine vielseitige Ausbildung auf allen Gebieten unseres Faches einschließlich der plastischen Chirurgie, Otoneurologie und Mikrochirurgie.
Bei der Beschaffung des Wohnraumes kann die Verwaltung des Klinikums behilflich sein.
Bewerbungen sind zu richten an den stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor des Zentrums der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Herrn Prof. Dr. Ristow, Zentrum der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Institut für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Professur für Handelsbetriebslehre, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,** ist ab sofort die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN BAT VI b

zu besetzen.
Der Tätigkeitsbereich umfaßt die weitgehend selbständig zu leistende allgemeine Sekretariatsarbeit und die Abwicklung des studentischen Publikumsverkehrs.
Erwartet werden sehr gute Schreibmaschinenkenntnisse, rasche Auffassungsgabe, gute Verwaltungskenntnisse und eine gute Allgemeinbildung.
Bewerbungen werden erbeten an: Institut für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Professur für Handelsbetriebslehre, Prof. Dr. Rudolf Gümbel, Mertonstraße 17, Hauptgebäude, Zi. 206 B, Telefon 798 2377.

Stellenausschreibungen für den Uni-Report müssen an den Kanzler — Personalabteilung — der Universität Frankfurt geschickt werden. Die Personalabteilung genehmigt die Ausschreibung und leitet sie danach an die Pressestelle weiter.
Vordrucke für Stellenausschreibungen sind in der Pressestelle erhältlich.

Im **Fachbereich Erziehungswissenschaften (FB 4)** ist am **Institut für Sport- und Sportwissenschaften** ab sofort bis zur Besetzung der Hochschullehrerstelle (voraussichtlich Herbst 1977) die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT IIa)

zu besetzen.
Aufgabengebiete: Mitarbeit an trainingswissenschaftlichen Forschungsvorhaben; Mitarbeit an der Entwicklung elektrischer Meßgeräte für den Aufbau des sportmotorischen Diagnoseraumes.
Voraussetzungen: Hochschulabschluß im Fach Sportwissenschaften; Erfahrungen im Gerätebau.
Bewerbungen bis zum 4. 6. 77 sind zu richten an das Dekanat des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, Senckenberganlage 15 (Turm), 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich Psychologie, Institut für Psychoanalyse,** ist im WS 77/78 die Stelle eines

STUDENTISCHEN TUTORS

für das Seminar „Entwicklungspsychologie der Pubertät und Adoleszenz (auf psychoanalyt. Grundlage)" (Prof. Werthmann) zu besetzen.
Voraussetzung: Vordiplom in Psychologie.
Bewerbungen sind sofort zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main.

Am **Institut für Statistik und Mathematik** ist die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT

zum 1. 6. 77 zu besetzen.
Aufgaben: Die Hilfskraft soll bei der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen des Grundstudiums und bei Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der angewandten Ökonometrie tätig sein.
Grundkenntnisse in Fortran oder Algol sind erwünscht.
Interessenten melden sich bitte in Zimmer 135 B, Hauptgebäude.

Sonderausgabe zu den Wahlen

Am nächsten Mittwoch (8. Juni) erscheint eine Sonderausgabe des „Uni-Report". Er bringt die Listen zu den Wahlen zum Konvent und zu den Fachbereichsräten an der Universität Frankfurt.
Die Listen, die für den Konvent kandidieren, erhalten in der Sonderausgabe Gelegenheit, ihr Programm den Wählern vorzustellen.

Im **Fachbereich neuere Philologien — Englisches Seminar/Amerika Institut** sind im WS 1977/78 (1. 10. 77 — 15. 2. 78) folgende

TUTORENSTELLEN

zu besetzen:
1. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Seminar „19th Century Literature: Women Writers and American Culture" (Prof. Christadler)
2. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Seminar „African and Black American Folk Tale Tradition" (Prof. Christadler/Ostendorf)
3. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Hauptseminar „Amerikanische Literaturkritik" (Prof. Kühnel)
4. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Seminar „Bewußtseinsdarstellung in Romanen des 20. Jh." (Prof. Reichert)
5. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Seminar „Melancholie und Wahnsinn in der Shakespeare-Zeit" (Prof. Reichert)

Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 1977 an die Geschäftsführung des Englischen Seminars/Amerika-Instituts, Kettenhofweg 130, Frankfurt am Main zu richten.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist bei der **Professur für Ökonometrie** zum 1. 6. 1977 für zunächst 3 Jahre die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.
Aufgabengebiet: Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekten sowie Betreuung von Informationsbanken.
Erforderlich sind Kenntnisse im Programmieren von EDV-Anlagen, in Mathematik sowie Volkswirtschaftslehre, insbesondere Ökonometrie.
Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben (§ 45 HUG).
Bewerbungen sind zu richten an: Professur für Ökonometrie, Mertonstraße 17—21, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist ab sofort für zunächst 3 Jahre eine BAT II a-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

zu besetzen.
Der Mitarbeiter soll am Institut für Markt und Plan, Professur für wirtschaftliche Staatswissenschaften (Prof. Dr. Werner Meißner), mit wissenschaftlichen Dienstleistungen gemäß § 45, 1 HUG befaßt werden und gute Kenntnisse im Fach Volkswirtschaftsforschung besitzen. Dem Bewerber wird im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit bzw. zur Promotion gegeben.
Ausführliche Bewerbungen sind umgehend zu richten an: Prof. Dr. Werner Meißner, Schumannstraße 34 a, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 0611 / 7982430.

Im **Didaktischen Zentrum** ist die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (mit Abschluß)

mit 50 Stunden monatlich zur Mitarbeit im Projekt Polytechnik zu besetzen.
Beschäftigungszeitraum: 1. 7. bis 31. 12. 1977.
Bewerbungen sind zu richten an das Didaktische Zentrum, Projekt Polytechnik, Sophienstraße 1—3, 6000 Frankfurt am Main.

In der **Betriebseinheit Sozialisation/Sozialpsychologie des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist für zunächst drei Jahre die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.
Aufgabenbereich: Forschungs- und Lehraufgaben im Rahmen von Forschungsvorhaben zur Analyse der Struktur der sozialisatorischen Interaktion. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Mitarbeit am Forschungsprojekt von Herrn Prof. Dr. U. Oevermann (Erhebungen und Analysen von Beobachtungsdaten zur innerfamilialen Sozialisation)! Ferner wird die Mitarbeit an Lehrveranstaltungen verlangt (Leitung von Arbeitsgruppen, Durchführung von Übungen).
Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ist Gelegenheit gegeben selbstbestimmte Forschung, insbesondere die Arbeit an einer Dissertation oder Habilitation, durchzuführen.
Einstellungsvoraussetzungen: abgeschlossenes Hochschulstudium im Fach Soziologie; sehr gute Kenntnisse allgemeiner soziologischer Theorien, speziell des symbolischen Interaktionismus, des Strukturalismus und der Traditionen der Sozialisationsforschung.
Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 1977 zu richten an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 13—17, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Englischen Seminar/Amerika Institut** ist ab 1. 10. 1977 eine Stelle als

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

mit einer monatlichen Arbeitszeit von 70 Stunden zu besetzen.
Aufgabengebiete: Vorbereitung zur Durchführung von Forschung und Lehre (Schreibmaschinenkenntnisse sind erwünscht).
Bewerbungen sind bis zum 15. 6. 1977 an die Geschäftsführung des Englischen Seminars/Amerika Instituts, Kettenhofweg 130, 6 Frankfurt am Main, zu richten.

Protest gegen Verlegung der Lohn- und Vergütungsstelle

Die Personalversammlung der Universität Frankfurt (Kernbereich) am 26. Mai 1977 diskutierte die geplante Verlegung der Lohn- und Vergütungsstelle nach Kassel. Die Personalversammlung beschloß folgende Resolution:

„Die Personalversammlung lehnt mit aller Entschiedenheit die Verlegung der Lohn- und Vergütungsstelle nach Kassel ab.

1. Diese geplante Maßnahme ist unsozial, weil sie an der Universität Frankfurt über 30 Arbeitsplätze zu vernichten droht und auf Landesebene wahrscheinlich zu einer Stellenkürzung insgesamt führt.
2. Diese geplante Maßnahme ist unsozial, weil das Recht aller Beschäftigten auf pünktliche und ordnungsgemäße Bezahlung ihrer Arbeit nicht mehr gewährleistet wäre.
3. Durch diese Maßnahme werden die Mitbestimmungsrecht des Personalrates in diesen Fragen erschwert, wenn nicht sogar verhindert.
4. Ohne Rücksicht auf die negativen sozialen Folgen einer Verlegung und auf die Gefahr der Vernichtung von Arbeitsplätzen soll diese technisch und wirtschaftlich problematische Rationalisierungsmaßnahme durchgesetzt werden.

Die Beschäftigten der Universität wenden sich daher mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Verlegung.

Sie fordern das hessische Kabinett und den Kultusminister auf, umgehend den Beschluß und die Erlasse zur Verlegung der Vergütungs- und Lohnstelle zurückzunehmen.

Sie fordern den Präsidenten auf, sich mit ihnen gemeinsam dafür einzusetzen.

Sie fordern den Personalrat auf, sich gegen die Verlegung der Vergütungs- und Lohnstelle zur Wehr zu setzen und damit die Interessen der Beschäftigten in der Vergütungs- und Lohnstelle zu vertreten.

Die Beschäftigten werden alle Initiativen der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften unterstützen, die zur Verhinderung der Verlegung der Vergütungs- und Lohnstelle beitragen."

Der Präsident der Universität, der an der Personalversammlung teilgenommen hatte, sagte seine Unterstützung zu. Zusammen mit dem Personalrat wird er sich für die Beibehaltung der Lohn- und Vergütungsstelle an der Universität Frankfurt einsetzen.

Kontaktgespräch mit AIESEC LC

Am Montag, den 6. Juni wird das AIESEC LC Frankfurt wieder ein Kontaktgespräch um 15 Uhr im Hörsaal III durchführen.

Unzureichende Kenntnisse und falsche Erwartungen von Studenten über ihre Berufsaussichten veranlassen AIESEC zur Durchführung von Kontaktgesprächen. AIESEC bietet in diesen Gesprächen Studenten die Möglichkeit, mit kompetenten Vertretern aus Unternehmen der Dienstleistungsbranche und der Industrie über Einstellungskriterien von Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen zu diskutieren.

Im **Fachbereich 5, Psychologie, in der BE Institut für Psychoanalyse,** ist ab 1. Juli 1977 zunächst für die Dauer von 3 Jahren die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

mit Vergütung nach BAT IIa zu besetzen.

Aufgabengebiete: Mitarbeit in Forschung und Lehre sowie in der Selbstverwaltung des Instituts für Psychoanalyse. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zur Promotion oder Habilitation gegeben.
Einstellungsvoraussetzungen: Diplom in Psychologie; Lehranalyse erwünscht.
Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 1977 zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, Herrn Prof. Dr. H.-V. Werthmann, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt 1.

In der **Betriebseinheit Sozialisation/Sozialpsychologie des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften** an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (BAT VII)

zu besetzen.

Aufgabenbereich: Allgemeine Sekretariatsarbeiten, Erledigung von Korrespondenz (auch selbständig), Terminplanung, Schreiben wissenschaftlicher Texte, Transkription von Tonbandprotokollen für die Forschung.
Voraussetzungen: Stenographie, gute Schreibmaschinenfertigkeiten. Eigenes Arbeitszimmer ist vorhanden.
Die Stelle ist spätestens zum 1. 8. 1977 zu besetzen.
Bewerbungen sind bis zum 10. 6. 1977 zu richten an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 13—17, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich 13 — Physik —** sind zum WS 1977/78 folgende Verträge zu vergeben:

AKADEMISCHE TUTOREN

1. 1 Vertrag mit 8 Wochenstunden für die Betreuung von Praktikanten und Experimentatoren am Beschleuniger (Prof. Schopper)
2. 2 Verträge mit 6 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretikum zur Elektrodynamik" (Prof. Haug)
3. 1 Vertrag mit 6 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Quantenmechanik II" (Prof. Greiner)
4. 1 Vertrag mit 6 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretische Mechanik I" (Prof. Jelitto)
5. 1 Vertrag mit 6 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretische Kernphysik II" (Dr. Miller)
6. 1 Vertrag mit 6 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretische Festkörperphysik II" (Prof. Hirst)
7. 1 Vertrag mit 2 Wochenstunden für „Grundkurs Physik" (Prof. Jung)
8. 1 Vertrag bis zu 8 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Übungen zur Vorlesung Einführung in die Physik" (Prof. Martienssen)
9. 1 Vertrag bis zu 8 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Physikalisches Praktikum" (Prof. Müser)

Zu der Pos. 7. können sich auch studentische Tutoren bewerben.

STUDENTISCHE TUTOREN

1. 6 Verträge mit 4 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Mathematik für Physiker III" (Prof. Dreizler)
2. 2 Verträge mit 4 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Einführung in die Physik der Elementarteilchen" (Dr. Schröder)
3. 2 Verträge mit 4 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Mathematik für Physiker I" (Prof. Müller)
4. 2 Verträge mit 4 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretikum zur Quantenmechanik II" (Prof. Greiner)

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE MIT ABSCHLUSS

1. 5 Verträge, 46 Std. monatlich (oder weniger Verträge zu 92 Std.), im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „WHK am Beschleuniger, Überwachung und Einweisung ins Experiment" (Prof. Schopper/Ing. Meinel)
2. 6 Verträge, bis zu 92 Std. monatlich, im Physikalischen Institut, Aufgabengebiet: „Übungen zur Vorl. Einführung in die Physik" (Prof. Martienssen)
3. 6 Verträge, bis zu 92 Std. monatlich, im Physikalischen Institut, Aufgabengebiet: „Physikalisches Praktikum" (Prof. Müser)
4. 4 Verträge, 64 Std. monatlich, im Institut für Biophysik, Sandhofstraße, Haus 74. Aufgabengebiet: Mitarbeit im Praktikum „Physik für Mediziner" (Prof. Pohlit / Prof. Hillenkamp)

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

1. 2 stud. Hilfskräfte, 50 Std. monatlich, im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „Fortgeschrittenen-Praktikum Kernphysik" (Prof. Bass)
2. 1 stud. Hilfskraft, 50 Std. monatlich, im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „Elektronik-Praktikum" (Dr. Kessel)
3. 7 stud. Hilfskr., 50 Std. monatlich, im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „WHK am Beschleuniger" (Prof. Schopper / Ing. Meinel)
4. 4 stud. Hilfskr., 40 bis 50 Std. monatlich, im Institut für Biophysik, Sandhofstraße, Haus 74. Aufgabengebiet: Mitarbeit im Praktikum „Physik für Mediziner"
5. 5 stud. Hilfskr., bis zu 80 Std. monatlich, im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: „Physikalisches Praktikum und Mitwirkung bei Forschungsarbeiten"
6. 1 stud. Hilfskr., bis zu 80 Std. monatlich, im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: „Elektronik-Praktikum"
7. 1 stud. Hilfskr., bis zu 80 Std. monatlich, im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: „Aufbau von Vorlesungsversuchen und Mitwirkung bei Übungen"
8. 1 stud. Hilfskr., bis zu 80 Std. monatlich, im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: „Betreuung der Gerätesammlung und Mitwirkung bei Forschungsaufgaben"
9. 1 stud. Hilfskr., bis zu 80 Std. monatlich, im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: „Photographisches Praktikum"
10. 1 stud. Hilfskr., 70 Std. monatlich, im Institut für Didaktik der Physik, Aufgabengebiet: „Technische Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung von Lehrmaterial und Tests, Schreibarbeiten"
11. 1 stud. Hilfskr., 70 Std. monatlich, im Institut für Didaktik der Physik, Aufgabengebiet: „Auswertung von Tests, Vervielfältigungen"
12. 1 stud. Hilfskr., 64 Std. monatlich, im Institut für Biophysik, Sandhofstraße, Haus 74. Aufgabengebiet: Mitarbeit im Praktikum „Physik für Mediziner"

Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 1977 an den Dekan des Fachbereichs Physik zu richten.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt

Im **Fachbereich Mathematik** (12) werden zum WS 1977/1978 folgende Stellen angeboten:

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE mit Abschluß

5 Wiss. Hilfskräfte (69 Std. monatlich) für Vorkorrektur von Übungsaufgaben, Beratung von Seminarteilnehmern etc.
Es kommen folgende Veranstaltungen in Frage:

Mathematik für Physiker III	(Prof. Dr. Constantinescu)
Analysis III	(Prof. Dr. Bliedtner)
Algebraische Zahlentheorie	(Prof. Dr. Schwarz)
Prädikatelogik	(Prof. Dr. Luckhardt)
Mathematisches Seminar	(Prof. Dr. Weidmann)

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE ohne Abschluß

Mehrere Hilfskräfte (70 Std. monatlich) für Vorkorrektur von Übungsaufgaben, Beratung von Übungsteilnehmern etc.
Es kommen folgende Veranstaltungen in Frage:
Analysis I für Mathematiker (Prof. Dr. Brosowski)
Analytische Geometrie u. lineare Algebra I (Prof. Dr. Behr)
Analysis III (Prof. Dr. Bliedtner)
Algebra (Prof. Dr. Burde)
Algebraische Zahlentheorie (Prof. Dr. Schwarz)
Einführung i. d. Wahrscheinlichkeitstheorie (Prof. Dr. Dinges)
Prädikatelogik (Prof. Dr. Luckhardt)
Mathematisches Praktikum u. Fortran-Kurs (Prof. Dr. Müller/Dr. Reinhardt)
Entwurf und Analyse von Computer Algorithmen (Prof. Dr. Schnorr)
Steuerungstheorie (Prof. Dr. Sieveking)
Mathematik I (Prof. Dr. Homagk)
Mathematik III (Prof. Engel)
Grundlagen d. Mathematikunterrichts i. d. Primarstufe I (Prof. Dr. Güting)
Mathematikunterricht i. d. Primarstufe I (Prof. Dr. Borges)
Didaktik der Algebra (Prof. Röhrl)
Math.-didaktisches Seminar (Prof. Dr. Metzler)

AKADEMISCHE TUTOREN

1 Akademischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung „Mathematisches Seminar" (Prof. Dr. Constantinescu)
1 Akademischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung „Didaktik der Algebra" (Prof. Röhrl)
1 Akademischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Veranstaltung „Mathematisches Seminar (Prof. Dr. Luckhardt)
Die Bewerbungen sind bis zum 20. Juni 1977 an den Dekan des Fachbereichs Mathematik (12) zu richten.

Im **Fachbereich 1 Rechtswissenschaft** sind zum Wintersemester 1977/78 folgende Stellen zu besetzen:

AKADEMISCHE TUTOREN bzw. STUDENTISCHE TUTOREN

mit 4 Wochenstunden (15. 9. 1977 — 15. 2. 1978) für folgende Lehrveranstaltungen:
1. 10 Stellen für Grundlagen des Rechts (1. Sem.) Professoren Arndt, Grimm, Hassemer, Koch, Pflug
2. 2 Stellen für Einführung in die Rechtssoziologie und Rechtsphilosophie (2. Sem.), Professor Paul
3. 2 Stellen für Rechtsgeschichte I, Professor Diestelkamp
4. 3 Stellen für Einführung in die Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaft, Professor Hassemer, (3. Sem.)
5. 1 Stelle für Geschichte der Privatrechtssysteme zugleich Rechtsgeschichte II (=. Sem.), Professor Coing
6. 6 Stellen für Zivilrecht II mit Übungen für Anfänger (3. Sem.), Professor Troje und Wiethölter
7. 6 Stellen für Strafrecht II mit Übungen für Anfänger (3. Sem.), Professor Lüderssen
8. 1 Stelle für Zivilrecht III mit Übungen für Fortgeschnittene (4. Sem.) Professor Ruhwedel
9. 1½ Stellen für Arbeitsrecht (mit außerplanmäß. Übungen) (4. Sem.) Professor M. Weiss
10. 4 Stellen für Strafrecht III mit Übungen für Fortgeschrittene (4. Sem.) Professor E. A. Wolff
11. 4 Stellen für Staats- und Verwaltungsrecht III mit Übungen für Anfänger (4. Sem.), Professor Denninger
12. 2 Stellen für Zivilrecht IV mit Übungen für Fortgeschrittene (5. Sem.), Dozent Finger
13. 1 Stelle für Strafrecht IV mit Übungen im Strafprozeßrecht (5. Sem.), Professor Geerds
14. 4 Stellen für Übungen im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene (5. Sem.) Professoren Faber und Jaenicke
15. 1 Stelle für Zivilrecht V mit Übungen im Bürgerlichen Recht für Fortgeschrittene (6. Sem.) Professor Rehbinder
16. 1 Stelle für Zivilrecht IV mit Übungen im Bürgerlichen Recht für Fortgeschrittene (6. Sem.) Professor Weyers
17. 2 Stellen für Öffentliches Recht für Wirtschaftswissenschaftler, Professor Staff
18. 2 Stellen für Privatrecht für Wirtschaftswissenschaftler, Professor Teubner
19. 1½ Stellen für Strafvollzugsprojekt, Professoren Lüderssen, Jäger

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE mit Abschluß

(mit 46 Monatsstunden)
und

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE ohne Abschluß

(mit 50 Monatsstunden)
vom 15. 10 1977 — 15. 3. 1978 für folgende Lehrveranstaltungen:
1. 1 Stelle für die Betriebseinheit für Öffentliches Recht, Professor Arndt
2. ½ Stelle für Institut für Arbeits-, Wirtschafts- und Zivilrecht, Professor Simitis
3. 1 Stelle für die Betriebseinheit Institut für Kriminalwissenschaften, Professor Naucke

Bewerbungen sind umgehend schriftlich an den jeweiligen Hochschullehrer, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

WRK für gesteuerte Öffnung der Hochschulen

Die Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) hat am 17. Mai in Tübingen an Staat und Hochschulen appelliert, sich dem Studentenandrang der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren „offensiv" zu stellen. Zum Abschluß der zweitägigen Versammlung erklärten Sprecher der WRK bei einer Podiumsdiskussion, zur Bewältigung der starken Jahrgänge könne es allerdings kein allgemeines Offenhalten, sondern nur eine differenzierte, gesteuerte Öffnung der Hochschulen geben.

Die rund 200 Teilnehmer der WRK-Versammlung forderten von den Ländern die sofortige Einstellung des Abbaus von Kapazitäten durch Stellenstreichungen und warnten zugleich vor möglichen Versuchen des Staates, tatsächliche Überlasten in Numerus-clausus-Fächern durch Kapazitätsmanipulationen rechnerisch verschwinden zu lassen. Zugleich forderte die WRK-Jahresversammlung, die von Bund und Ländern vereinbarten Ziele für den Ausbau des Hochschulbereichs bis 1985 zu erfüllen. Zeitliche Verschiebungen oder gar ein Ausbauverzicht seien „unverantwortlich". Die WRK sprach sich entschieden gegen eine auch nur zeitweise Drosselung der Forschung zugunsten der Lehrkapazität der Hochschulen aus, da die Forschung Voraussetzung der Lehre sei und eine Wiederbelegung schwierig und kostspielig wäre. Bei der Studienreform müsse beachtet werden, daß die Regelstudienzeiten den jeweiligen Studieninhalten angepaßt werden müßten. Als „unausweichlich" wurde die Revision der Laufbahnverordnung im öffentlichen Dienst mit einer Entkoppelung von Bildungsabschluß und beruflicher Anfangsposition bezeichnet.

Zum Auftakt der Jahresversammlung hatte der WRK-Präsident, Prof. Werner Knopp, am 16. Mai eine vorübergehende Steigerung der Hochschulkapazitäten und praxisbezogene kürzere Studiengänge befürwortet. In diesem Zusammenhang vertrat er die Ansicht, daß Kapazitätsausweitungen zwischen zehn und 20 Prozent möglich seien.

Astronomischer Arbeitskreis 100 Jahre

Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens eines Astronomischen Arbeitskreises im Physikalischen Verein veranstaltet die Volkssternwarte Frankfurt des Physikalischen Vereins eine Vortragswoche sowie Tage der offenen Tür am Wochenende (4. Juni von 15 bis 17 Uhr und von 19.30 bis 21 Uhr; 5. Juni von 11 bis 13 Uhr und von 15 bis 17 Uhr). Der Verein und die Volkssternwarte befinden sich in der Robert-Mayer-Straße 2 bis 4.

Die Geschichte des Astronomischen Arbeitskreises begann im Mai 1877, als Sternfreunde und Amateurastronomen im Physikalischen Verein eine „Astronomische Sektion" gründeten. Schon in Jahrzehnten vorher hatten sie den Wechsel der Sonnenfleckenzahl verfolgt, Finsternisse und Kometen beobachtet und vom Observatorium auf dem Turm der Paulskirche Meteorerscheinungen registriert. Lange Zeit wurden nach ihren Signalen alle Uhren in Frankfurt gestellt.

Mit dem neuen Institutsgebäude in der Robert-Mayer-Straße errichtete der Physikalische Verein 1908 auch eine Sternwarte. 1914 entstand daraus die Universitätssternwarte, der später das „Planeteninstitut" angegliedert wurde. Nach dessen Verlegung und der Streichung des Astronomielehrstuhls der Universität begann der Verein populärwissenschaftliche Veranstaltungen für die Öffentlichkeit, die wenig später von Krieg und Zerstörung beendet wurden.

Zum Abschluß des Wiederaufbaus wurde im Mai 1960 auch die Sternwarte wieder eröffnet, die als Volkssternwarte arbeitet. Mit ihr will der Physikalische Verein, der die Kosten aus Mitgliederbeiträgen und Spenden deckt, interessierten Bürgern — ob jung oder alt — die Möglichkeit geben, ihr Wissen über den Kosmos zu erweitern und Kontakt mit Gleichgesinnten zu pflegen. Alle regelmäßigen Veranstaltungen werden von Mitarbeitern aus dem „Astronomischen Arbeitskreis" ehrenamtlich durchgeführt. Den Mitgliedern stehen die Geräte und Einrichtungen für eigene Untersuchungen zur Verfügung.

Die Entwicklung der Stadt und die Hochhausbebauung in unmittelbarer Nachbarschaft haben Himmelsbeobachtungen immer mehr beeinträchtigt. Der Physikal. Verein möchte daher die Volkssternwarte an einen günstigeren Platz verlegen. Ein angegliedertes Planetarium soll ihr die Arbeitsmöglichkeiten sichern, die der Volkssternwarte einer so bedeutenden Stadt wie Frankfurt angemessen sind.

Astronomische Vortragswoche

Mittwoch, 1. Juni 1977, 20 Uhr
Prof. W. Priester, Universität Bonn:
Radiogalaxien und Quasare — zwei ungelöste Probleme der Astrophysik
Donnerstag, 2. Juni 1977, 20 Uhr
Dr. G. Winnewisser, MPI für Radioastronomie:
Moleküle zwischen den Sternen — Vorläufer extraterrestrischen Lebens?
Freitag, 3. Juni 1977, 20 Uhr
H. L. Neumann, Volkssternwarte Frankfurt:
Meteore und Meteorite — Materie aus den Tiefen des Planetensystems
Samstag, 4. Juni 1977, 20.30 Uhr
W. Ziegs, Volkssternwarte Frankfurt:
Unser Bild vom Universum
Montag, 6. Juni 1977, 20 Uhr
Dr. A. Frey, MPI für Astronomie:
Der Sternhimmel im infraroten Licht
Dienstag, 7. Juni 1977, 20 Uhr
M. Gerstenberger, Schwäbische Sternwarte Stuttgart:
Amateurastronomie heute — Hobby oder mehr?
Alle Vorträge finden im Kleinen Hörsaal des Physikalischen Vereins in der Robert-Mayer-Straße 2-4 (Erdgeschoß) statt. Siehe auch nebenstehenden Bericht.

Veranstaltungen

Mittwoch, 1. Juni

I. Bernal, z. Z. Regensburg
Bond localisation, Accurate C-C-Distances and Absolute Configuration of Organometallic Compounds
17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad"

Donnerstag, 2. Juni

Georg Siara, Frankfurt:
Vermögensveräußerung und Besteuerung
17.15 Uhr, Frankfurter Wertpapierbörse, Börsenplatz
Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Kapitalmarkt und Besteuerung"

Freitag, 3. Juni

Hans Belting, Heidelberg:
Das Aachener Münster als Denkmal. Zur Genese des modernen Denkmalbegriffes
17.15 Uhr, Hörsaal 801 des Philosophicums, Gräfstraße 76
Veranstalter: Kunstgeschichtliches Institut

*

M. Richter, Aachen:
Einige Probleme aus dem Umkreis des Satzes von Herbrand
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Sonntag, 5. Juni

Konzerte an der Universität: Werke für Cembalo
Gustav Leonhardt
20 Uhr, Aula der Universität
Veranstalter: Joachim Martini, Junge Kantorei, Studentenchor, AStA

Montag, 6. Juni

Paul Michael Lützeler, St. Louis (USA):
Republikanismus und Cäsarismus in Schillers ‚Fiesco'
18 Uhr, Hörsaal H 7
Veranstalter: Prof. Altenhofer, Deutsches Seminar

*

Rudolf Hoke, Wien:
Der Konstitutionalismus in der Habsburger Monarchie
19.30 Uhr, Raum 418, Juridicum, Senckenberganlage 31
Veranstaltung im Rahmen der „Rechtsgeschichtlichen Abendgespräche"

F. Kambartel, Konstanz:
Pragmatische Grundlagen der Semantik
20.15 Uhr, Seminarraum 4 des Fachbereichsgebäudes, Dantestraße 4
Veranstalter: Fachbereich Philosophie

Dienstag, 7. Juni

K. Peper, Homburg/Saar:
Morphologie und Physiologie der motorischen Endplatte
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Biologie, Siesmayerstraße 70
Veranstaltung im Rahmen des „Zoologischen Seminars"

*

Dr. van der Kelen, Gent (Belgien):
Röntgen-Photoelektronenspektroskopie von Organometallverbindungen
17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie- Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße.
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad"

*

Joachim Metzner, Heidelberg:
Die östlichen kleinen Sunda-Inseln. Probleme ihrer wirtschaftlichen Entwicklung
18.15 Uhr, Raum 308 des Geographischen Instituts, Senckenberganlage 36
Veranstalter: Geographisches Institut/ Kulturgeographie

Mittwoch, 8. Juni

Hartmut Schmidt, Frankfurt:
Sensibilisierte photobiologische Reaktionen
12.15 Uhr, Großer Hörsaal des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Straße 14
Veranstalter: Fachbereich Biochemie und Pharmazie

*

Jürgen Bliedtner, Frankfurt:
Antrittsvorlesung: Lokale und globale Aspekte der Potentialtheorie
12.15 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Fachbereich Mathematik

*

Cyrus Hamlin, Toronto
„Misreading": The Bad Conscience of New Criticism New Directions in American Literary Studies
14 Uhr, Hörsaal des Englischen Seminars, Kettenhofweg 130
Kolloquium (in deutscher Sprache) im Anschluß an den Vortrag um 15.30 Uhr am gleichen Ort.
Veranstalter: Englisches Seminar/Amerika-Institut in Verbindung mit der Kanadischen Botschaft in Wien

*

Pieter L. Cijsouw, Eindhoven:
The Development of Baker's Method
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

*

H. Rollnik, Bonn:
Ideen und Experimente für eine einheitliche Theorie der Materie
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik
Veranstalter: Fachbereich Physik

*

D. Behrens, Frankfurt:
Aufgaben der chemischen Technik in der Rohstoff-Versorgung — Kommentare zu einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Bundesregierung
17.30 Uhr, Großer Hörsaal der Chemischen Institute, Robert-Mayer-Straße 7—9
Veranstalter: Gesellschaft Deutscher Chemiker, Ortsverband Frankfurt

*

Friedel Janecek
Zu Geschichte und Wesen des deutschen Arbeitersports
18 Uhr, Hörsaal des Instituts für Sport und Sportwissenschaften
Veranstalter: MSB Spartakus, Sektion Sport

Freitag, 10. Juni

F. W. von Henke, Bonn:
Rekursive Datenstrukturen: Theorie und Anwendung in der Programmierung
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

*

Tonio Hölscher, Heidelberg,
Die Anfänge der römischen Repräsentationskunst
17.15 Uhr, Archäologisches Institut, Raum 801, Gräfstraße 76
Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen"

Montag, 13. Juni

Jacques Leenhardt, Paris:
Approche soziologique de „La Jalousie" d'Allain Robbe-Grillet
Anschließende Diskussion, falls gewünscht, in deutscher Sprache.
16 Uhr, Hörsaal H 14
Veranstalter: Prof. A. Stoll, Romanisches Seminar

Dienstag, 14. Juni

Dr. König, Stuttgart:
Geier
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Biologie, Siesmayerstraße 70
Veranstaltung im Rahmen des „Zoologischen Seminars"

*

E. Haselbach, Basel:
Auf der Suche nach den Kationen valenzisomerer Verbindungen
17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad"

*

S. S. Antman, College Park (USA):
Global Analysis of Bifurcation Problems from Nonlinear Elasticity
17.30 Uhr, Seminarraum 110 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Mittwoch, 15. Juni

R. Sizmann, München:
Gitterführung („Channeling") schneller Ionen in Kristallen
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik
Veranstalter: Fachbereich Physik

*

Josef Bayer, Debrezen:
Die Entwicklung der Soziologie in Ungarn
18 Uhr, Raum 2304 im Turm
Veranstalter: Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Geschäftsführender Direktor der wBE Produktion — Sozialstruktur des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften